

Das Abonnement auf dies mit Ausnahme der Sonntage täglich erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich in die Stadt Posen 1½ Thlr., für ganz Preußen 1 Thlr. 24½ Sgr.

Bestellungen nehmen alle Postanstalten des In- und Auslandes an.

Annoncen-Ausnahme-Bureaus der Posener Zeitung sind: in Posen bei Hrn. Buchhändler Joseph Jozowicz, Markt 74 und Hrn. Krupski (G. S. Alrich & Co.), Breitestraße 14; in Gnesen bei Hrn. Theodor Spindler, Markt- und Friedrichstrasse-Ecke Nr. 4; in Rogasen bei Hrn. Buchhändler Jonas Alexander; in Schrimm bei Hrn. Hermann Gassner; in Grätz bei Hrn. Louis Streitland und Hrn. P. Kempner; in Bromberg G. S. Mittlersche Buchhandlung; in Berlin, Breslau, Frankfurt a. M., Leipzig, Hamburg, Wien und Basel: Haase & Vogler; in Berlin, München, St. Gallen: August Wosse; in Berlin: A. Petermeier, Schloßplatz; H. Albrecht, Zeitungs-Annoncen-Expedition, Taubenstraße 34; in Breslau, Kassel, Leipzig, Bern und Stuttgart: Sachse & Co.; in Breslau: Emil Habath; Jenke, Bial & Freund; in Frankfurt a. M. G. L. Danne & Co.; Jäger'sche Buchhandlung.

Posener Zeitung.

Zweihundstiezigster Jahrgang.

Inserate
1½ Sgr. für die füngspaltene Seite oder deren Raum, Kolumnen verhältnismäßig höher, sind an die Expedition zu richten und werden für die an demselben Tage erscheinende Nummer nur bis 10 Uhr Vormittags angenommen.

Amtliches.

Dem Gewerbeschul-Direktor Dr. Wieck ist die von ihm bisher kommissarisch verwaltete Direktionsstelle an der R. höheren Gewerbeschule zu Kassel definitiv verliehen worden.

Der Pfarrer Lic. theol. Sachse in Blotho ist als erster Lehrer am evangelischen Schullehrer-Seminar zu Hilschenbach angestellt worden.

Die Ablösung der Neallasten an die geistlichen Institute und der Minister der Landwirtschaft.*)

Zur vorigen Session des Landtages war eine die Abänderung des Ablösungsgesetzes vom 15. April 1857 bezweckende Petition von Grundbesitzern der Provinz Posen an das Abgeordnetenhaus angelangt, eine andere, den gleichen Zweck verfolgende, wurde von Rittergutsbesitzern der Provinz an das Herrenhaus gerichtet. Ein günstiger Erfolg der Petition beim Abgeordnetenhaus war vorherzusehen, da dasselbe in jeder Session die Notwendigkeit einer Revision des Gesetzes anerkannt, und die betreffenden Petitionen dem Ministerium zur Berücksichtigung überwiesen hatte. In Folge dessen hatte endlich das Ministerium im Jahre 1861 einen Gesetzentwurf eingebroacht, der vom Abgeordnetenhaus mit einigen Änderungen angenommen, vom Herrenhaus aber zurückgewiesen wurde.

Mit geringerer Zuversicht war ein Erfolg der aus Herrenhaus gerichteten Petition zu erwarten, doch glaubte man, daß das Herrenhaus, welches ja in andere Fragen der öffentlichen Meinung Konzessionen gemacht hatte, auch in dieser den bisher geleisteten Widerstand aufgeben würde. In dieser Hoffnung sah man sich aber durch den Beschluß des Herrenhauses, über die Petition mehrerer Rittergutsbesitzer der Provinz Posen zur Lagesordnung überzugehen, getäuscht.

Das Ablösungsgesetz vom 15. April 1857 ist im Abgeordnetenhaus wie in der Presse so vielfach angegriffen und in seinen Nachtheilen und Ungerechtigkeiten beleuchtet worden, daß wohl jedes einzelne Mitglied des Herrenhauses über den Zweck und Sinn der Petition nicht in Zweifel sein konnte, und daß es den Petenten mehr zur Anerkennung, als zum Vorwurf gereicht, wenn sie so oft gehörte Ausführungen nicht weitläufig wiederholen und nur ganz allgemein den Antrag auf Abänderung des Gesetzes vom 15. April 1857 stellten. Es kam ihnen ja nur darauf an, die Angelegenheit auch beim Herrenhaus wieder in Anregung zu bringen, an welches Petitionen bei der allgemein bekannten Auffassung dieses Hauses noch nie gelangt waren.

Der Finanzkommission des Herrenhauses, welcher merkwürdigerweise die Petition übergeben wurde, ist die kurze Fassung derselben aber eine Veranlassung geworden, darüber die Lagesordnung anzuempfehlen, weil die behaupteten Nachtheile des Gesetzes nicht nachgewiesen seien. In dem Kommissionsbericht Nr. 79 des Herrenhauses wird dagegen hervorgehoben, daß letzteres bereit sein würde, den Wünschen der Petenten zu entsprechen, sofern sie nur bestimmte Anträge gestellt hätten.

Hieran anknüpfend hat ein Theil der Unterzeichner der vorjährigen Petition eine neue an das Herrenhaus gelangen lassen, in welche einige der angegebenen Gründe näher motivirt oder Behauptungen der Finanzkommission widerlegt werden und welche den ganz bestimmten Antrag stellt:

Die Ablösbarkeit der festen Abgaben an Holz und Körnern wiederherzustellen. Diese Petition ist bereits früher in der "Posener Bltg." mitgetheilt. Es bleibt uns nur noch übrig, das Verhalten des Herrn Ministers der Landwirtschaft bei dieser wichtigen Angelegenheit zu verfolgen.

Als es der Reaktion unter dem Ministerium Westphalen gelungen, durch das Sistirungsgesetz vom 13. Juni 1853 die schwedenden Ablösungen der Lasten an die geistlichen Institute zum Stillstand zu bringen und später durch das Gesetz vom 15. April 1857 die festen Abgaben an Holz und Körnern für unabkömmlig zu erklären, auch die Ablösung der andern Lasten zu erschweren, da befundet überall im Lande die Beteiligten laut ihre Misstimung über einen so unerhörten Rückgang der Gebegebung.

Das Ministerium, durchdrungen von den oft schreienden Ungerechtigkeiten, die das Gesetz erzeugte, brachte im Jahre 1861 einen Gesetzentwurf ein, der die Härten und Hindernisse der Ablösungen zum Theil milderte, zum Theil beseitigte. Der Gesetzentwurf berührte so wesentlich die Interessen der Landwirtschaft, des großen wie des kleinen Grundbesitzers, daß derselbe vom Staatsministerium schwerlich ohne Buzierung des Ministers der Landwirtschaft berathen worden ist. Wir fragen nun:

Ist der Gesetzentwurf damals gegen Wunsch und Wissen des landwirtschaftlichen Ministeriums oder mit Zustimmung desselben vom Staatsministerium eingezogen? Ist letzteres der Fall, so fragen wir weiter: Wie kann das landwirtschaftliche Ministerium in den Kommissionssitzungen des Herrenhauses wie Abgeordnetenhaus den Zustand jetzt für

*) Dieser Artikel ist uns von geschätzter Hand eingeschickt worden; er schenkt uns so beachtenswerth, daß wir ihm diese Stelle einräumen.

einen beruhigenden und befriedigenden erklären, wenn es im Jahre 1861 sich veranlaßt fand, einen neuen abändernden Gesetzentwurf vorzulegen?

Es ist wahr, daß nicht mehr soviel Petitionen gegen jenes monströse Gesetz eingelaufen sind, wie im Jahre 1858 (nämlich 17), weil man weiß, daß der Minister der landwirtschaftlichen Angelegenheiten nicht sehr eifrig für die Interessen der Landwirtschaft eintritt, der Minister der geistlichen Angelegenheiten die seinen Wirkungskreis berührenden Interessen ebenso energisch wie unbehindert durch Rücksichten für andere Interessen vertritt. Man sagt sich eben, daß unter diesen Umständen jetzt nichts zu erreichen ist, man wünscht und hofft, daß durch einen baldigen Abgang des Ministeriums Mühlner ein günstigerer Zeitpunkt herbeigeführt werden wird. Die Illusion eines befriedigenden Zustandes ist bei dem landwirtschaftlichen Minister aber völlig unerklärlich, da er benachrichtigt sein mußte, daß in der vorigen Session außer der posener, ans Herrenhaus gerichteten Petition, beim Abgeordnetenhaus noch 6 ähnliche Petitionen eingegangen waren, in denen zahlreiche Vertreter des großen Grundbesitzes wie des bäuerlichen und städtischen Grundbesitzes eine Revision des Gesetzes verlangten. Es mußte dem Herrn Minister ferner noch in frischem Andenken sein, daß wenige Wochen vorher ein einstimmiger Beschluß der General-Versammlung des landwirtschaftlichen Posener Hauptvereins an ihn gelangt war, mit dem dringenden Ersuchen, seinen Einfluß für Abänderung des fraglichen Gesetzes einzuspielen. Eine große Anzahl der bedeutendsten Besitzer der Provinz Posen hatte dies Gesuch unterschrieben, in der Sitzung des Herrenhauses vom 5. Februar 1869 bot sich eine so vortreffliche Gelegenheit, es zu unterstützen und einmal für den Grundbesitz einzutreten, allein der Herr Minister hielt es nicht der Mühe wert, über die Angelegenheit auch nur ein Wort zu verlieren.

Es blieb dem Herrn Grafen Königsmark vorbehalten, in gewisser Beziehung als Fürsprecher der Petenten aufzutreten.

Dies Verhalten des Herrn Minister scheint einigermaßen zu werden durch die Auslassungen seiner Kommissare bei Berathung der betreffenden Petitionen in der Sitzung der Agrarkommission des Abgeordnetenhauses: "daß Landwirtschaftliche Ministerium glaubte sich in dieser Angelegenheit den Interessen des geistlichen Ministerii unterordnen zu können."

Diese Aeußerung läßt uns die Bedeutung des landwirtschaftlichen Ministerium im eigenthümlichen Lichte erscheinen und gibt uns einen Anhalt, um den Widerspruch zu begreifen, daß im Jahre 1861 das Ministerium einen Gesetzentwurf einbringt, der das Ablösungsgesetz vom 15. April 1857 ganz wesentlich modifizirt, während der Minister durch seinen Kommissar jetzt behauptet läßt, es sei gar keine Veranlassung jenes Gesetzes zu ändern.

Entweder ist also der Minister der Landwirtschaft im Jahre 1861 bei Berathung jener Gesetzesvorlage gar nicht zugezogen worden, oder er hat sich auch damals wieder untergeordnet.

Der eine wie der andere Fall muß gleich niederschlagend wirken, sind wir an eine Unterdrückung der Landwirtschaft auch bereits seit einer Reihe von Jahren gewöhnt.

Allerdings hoffte man, als das landwirtschaftliche Ministerium geschaffen wurde, daß die Unterordnung der landwirtschaftlichen Interessen nun ein Ende haben werde, allein von dieser Illusion sind wir bald zurückgekommen. Diese Erkenntnis führte zur Gründung des Kongresses nordeutscher Landwirthe und hält die Bestrebungen wach, eine würdige Vertretung der landwirtschaftlichen Interessen ins Leben zu rufen.

Mag man über die Notwendigkeit eines Ministers der Landwirtschaft denken, wie man will, und den Ausführungen des Abgeordneten Witt, der einen Minister der Volkswirtschaft haben will, beitreten oder nicht: darüber wird unter den Landwirthen kaum eine Meinungsverschiedenheit sein, daß sie einen Minister der Landwirtschaft entbehren können, der bei seiner beschränkten Kompetenz in andern landwirtschaftlichen Angelegenheiten auch in dieser Ablösungsfrage, die vom großen wie kleinen Grundbesitz so allseitig und fortwährend angeregt worden ist, nichts weiter zu thun weiß, als sich dem Kultusminister unterzuordnen.

Deutschland.

△ Berlin, 8. Dez. Die neuesten Nachrichten, welche Graf Bismarck über das Befinden seines Sohnes aus Bonn erhalten hat, lauten durchaus günstig und konstatieren einen zwar langsam, aber regelmäßigen Verlauf der Besserung. Es scheint, daß die Wunde nur wegen vernachlässigter Behandlung einen ernsten Zustand herbeigeführt, der aber, nachdem eine sorgfältige Behandlung eingetreten, einer günstigen Wendung Platz gemacht hat. Was die weiteren Absichten des Grafen Bismarck betrifft, so ist darüber noch immer nichts festgestellt worden, da die Entschlüsse von der weiteren Genebung des Sohnes und der Rückkehr der Gemahlin abhängig sein werden. Aber jedenfalls wird die noch übrige Zeit des Urlaubs zu einem neuen Ausfluge

benutzt werden, ob wieder nach Varzin, ist neuerdings fraglich geworden, und spricht dagegen u. A. auch der Umstand, daß der Legationsrat Bucher von dort hierher zurückgekehrt ist. Dagegen spricht man davon, daß Graf Bismarck für eine kurze Zeit sich nach Schönhausen begeben werde.*). Bei dieser Gelegenheit möchte ich noch die Erzählung eines hierigen Korrespondenten der "Kölner Bltg." berichten, daß die Nachricht von der Erkrankung des Sohnes auf dem Umreise durch den Oberpräsidenten in Köln, den Unterstaatssekretär v. Thile und den König nach Varzin gelangt sei, als ob es sich um eine Staatsaktion gehandelt hätte. Thatache ist vielmehr, daß die Nachricht direkt aus Bonn an die Eltern ging, daß aber hr. v. Thile insofern bestätigt wurde, als Graf Bismarck sich seiner Vermittelung bediente, um dem Könige über die Motive der plötzlichen Reise von Varzin nach Bonn Mitteilung zu machen. Graf Bismarck hat noch keineswegs die Leitung sämtlicher ihm unterstehender Staatsgeschäfte übernommen, sondern sich wesentlich auf Bundesangelegenheiten und auf Gegenstände der auswärtigen Politik beschränkt. — Der neue Gesandte Preußens am wiener Hofe, General v. Schweinitz, wird in allernächster Zeit, nach einem kurzen Aufenthalt von hier, sich auf seinen Posten begeben.

*). Wie die "Prov.-Korr." meldet, wird der Bundeskanzler die Leitung der Geschäfte für den Augenblick noch nicht in größerer Ausdehnung wieder übernehmen, da ihm nach dem günstigen Gebrauch einer Karlsbader Brunnenkur zur vollen Sicherung des Erfolges derselben noch eine Ruhe und Ruhe von einigen Wochen wünschenswerth ist. Doch ist derselbe von dem Könige bereits mehrfach empfangen worden.

○ Berlin, 8. Dezbr. Der Anlauf, den der ehemalige Gesandte Sachsen am preußischen Hof, Graf Hohenthal in der sächsischen ersten Kammer gegen die autonome Stellung der Bundesgesetzgebung unternommen hat, indem er die sächsische Regierung veranlassen möchte, gegen Aufnahme derjenigen Bestimmungen in das Strafgesetzbuch zu wirken, welche sich auf das allgemeine Polizeiaufschlag zu beziehen, läuft auf eine Nachahmung des bekannten Antrags des Grafen Lippe im preußischen Herrenhaus hinaus, dem er sich in der Motivierung in wesentlichen anschließt. In seiner in der sächsischen ersten Kammer gemachten Begründung des Antrags stützt Graf Hohenthal sich auf dieselben Argumente, die namentlich von Seiten Windthorsts mehrfach mit Geschick hervorgehoben worden sind und denen dieser in seiner bekannten Broschüre "Kompetenz-Kompetenz" einen einigermaßen klassischen Ausdruck zu geben gewußt hat. Nur daß Graf Hohenthal, ehrlicher wie dieser, einräumt, daß der Wortlaut des Art. 78 der Bundesverfassung eigentlich gegen ihn spreche. Damit ist denn freilich von vornherein seinem Antrag die Spur abgebrochen, denn eine bündige Beweisführung, daß Art. 78 nicht nach seinem Wortlaut, sondern nach der vorausgesetzten Auffassung der kontrahierenden Regierungen, die sich die Sache anders vorgestellt hätten, zu verstehen sei, wird sich niemals erbringen lassen. In dieser Beziehung ist der Versuch eines verspäteten Protestes rein wirkungslos und von der sächsischen Regierung darf vorausgesetzt werden, daß sie um so mehr ablehnen wird, sich zu der prinzipiellen Auffassung des Grafen Hohenthal in Betreff der beschränkten Bundeskompetenz zu bekennen, als sie dadurch mit der Anwendung, die sie diesem Prinzip bei der Schaffung des Oberhandelsgerichts gegeben, in erklärten Widerspruch geriet. Indessen hat der Antrag eben so wie der ähnliche des Grafen Lippe das Verdrießliche, daß er die Regierungen nötigt, sich über den Gegenstand auszusprechen. Man kann dem Grafen Hohenthal zugeben, daß es in der That ein Situationsforderniß ist, daß über diese Materie sich durch bündige Erklärungen und nicht lediglich durch die Schaffung wiederholter Präzedenzfälle ein möglichst unzweideutiges Licht verbreite. — In einzelnen von hier ausgehenden Berichten ist mit großer Zuversicht von der neuerdings erhöhten Stellung des Herrn von Mühlner die Rede, dessen Abgang bereits von einigen Seiten angekündigt, wenn auch in eine spätere Zeit verlegt wird, weil man der parlamentarischen Agitation keinen sichtbaren Einfluß gestatten wolle. Wir möchten doch vor allzu sanguinischen Erwartungen in dieser Beziehung warnen. Es ist richtig, daß man in parlamentarischen Kreisen sich mit der Hoffnung tragt, Graf Bismarck werde durch die neuerlichen Vorgänge, namentlich in Betreff Hannovers, sich haben überzeugen lassen, wie dringlich geboten ein Wechsel sei, und wie jede Verzögerung der doch über kurz oder lang unaufsehbaren Maßregel unberechenbaren Schaden stiftet, es hat auch nicht an einem hierauf abzielenden Ideenaustausch der hannoverschen Parteiführer mit dem Bundeskanzler gefehlt. Aber alles Weitere scheint uns zur Zeit auf Kombinationen zu beruhen, und so viel man weiß, berechtigt keine positive Aeußerung, die gefallen sein könnte, zu so bestimmten Ankündigungen, wie sie gegenwärtig durch einen Theil der Presse gehen. — Zur englisch-türkischen Differenz wird der "Independance" aus Alexandrien der ziemlich pikante Zwischenfall berichtet, daß verschiedene europäische und amerikanische Staaten, welche aus Anlaß der Gründung des Suezkanals Konsulate in Egypten einzurichten wünschten, von der Pforte das Exequatur nicht erlangen können, da die betreffenden Regierungen keine diplomatischen Agenten in Konstantinopel unterhalten und dies von der Pforte als vorgängige Bedingung betrachtet wird. Es

wird hinzugefügt, daß die betreffenden Regierungen sich möglicherweise an die Großmächte wenden würden, um den Widerstand der Pforte zu brechen. Diese Eventualität wird übrigens die Pforte in diesem Falle wohl nicht abwarten wollen.

D Berlin, 8. Dez. [Tagesordnung der Plenarsitzungen des Bundesrats des Nord. Bundes und des Sollvereins. Antrag Braunschweigs. Motive zu dem Gesetz über das Urheberrecht an Schriftwerken.] Der Bundesrat des Nord. Bundes wird, wie bereits gemeldet, morgen Mittag um 12 Uhr zu einer Plenarsitzung zusammengetreten. In derselben sollen erledigt werden die Angelegenheit wegen Ausgabe von Staatsanweisungen (wir haben bereits gemeldet, daß die Niedersetzung einer Enquêtekommission beantragt ist) ferner die Petition wegen Haftung der Eisenbahn- u. Unternehmer für Körperbeschädigungen. Sodann sollen mündliche Ausschusserichte erstattet werden über die Präsidialvorlage betr. die Kostentragung für die Strafvollziehung bei Verurteilungen nach dem Militär-Strafgesetzbuche. Der Gouverneurungsausschuß soll berichten über die Präsidialvorlage wegen Beauftragung zur Dispensationserteilung von der ärztlichen Prüfung; über Erteilung gültiger, hierarctischer Approbationen durch die hessischen Centralbehörden; über die Ausdehnung der Beauftragung zur Erteilung von Apotheker-Approbationen durch das Braunschw. Staatsministerium; endlich über den Erlass einer transitorischen Bestimmung zu den Vorschriften über die ärztlichen Prüfungen für Bremen. Im Weiteren sollen mündliche Berichte über den vom Reichstag beschlossenen Zusatz zu Art. 4 Nr. 9 der Bundesverfassung (Antrag Grumbrecht wegen der Seezeiten u. c.) über Petitionen und über die Gewerbung eines Grundstückes für das Bundesoberhandelsgericht in Leipzig folgen. — Morgen Nachmittag um 2 Uhr soll dann eine Plenarsitzung des Bundesrats des Sollvereins stattfinden. Auf der L. O. stehen Substitutionen, — Mittheilung über die seit der Vertagung gemachten Vorlagen, — Ausschusserichte über die Präsidialvorlage wegen Abschlusses bremischer Gebietsteile an den Sollverein aus Anlaß der Durchführung der Lenow-Hamburger Eisenbahn. — Dann folgen mündliche Berichte über die Sollbefreiung von eingehendem Reis zur Stärkebefreiung; — über die Sollfreiheit für einfaßhafte Thee zur Darstellung von Thein; — über die Sollbehandlung der eisernen Behälter, in denen Anilin und Thran eingehen; — über die nähere Bestimmung der „gebrannten und gemahlenen Eichorien“ im Sinne des Sollartikls. — Endlich weitere mündliche Berichte über die Präsidialvorlagen betr. den Sollvertrag für Militärbegleitungsgegenstände, betreffend die Pferde-Geld-Averfa und das Gehalt der zur Kontrolle der Rübenunderfabriken angestellten Kontrolleure und über eine Petition wegen Abschlusses von Bismarck aus dem Grenzbezirk. — Ein Antrag des Braunsch. Reg. an den Bundesrat, der die Erhebungs- und Verwaltungskosten der Sölle und der Steuer vom inländischen Zucker der neuen Sollvereins-Richtung anpassen und dadurch die aus dem bisherigen Verfahren entstandene Unbilligkeit beseitigen will, geht dahin, auf dem Wege des Gesetzes und von einem näher zu bestimmenden Zeitpunkte ab den Art. 38 d. Bünd.-Verf. sub II. A. dahin zu ändern, daß „a) bei den Zöllen: α, denjenigen Kosten, welche nach den Verabredungen unter den Mitgliedern des deutschen Zolls und Handelsvereins der Gemeinschaft aufgerechnet werden können, β für die Gebiet- und Gebietsteile, für welche nach jenen Verabredungen ein Ertrag nicht erfolgt, also für die Kosten der Sollverwaltung und Erhebung im Innern, einer Abzug von 5% von der Gesamteinnahme; b) bei der Steuer von inländischem Zucker, α, denjenigen Kosten, welche nach Verabredungen unter den Mitgliedern des deutschen Zolls und Handelsvereins der Gemeinschaft aufgerechnet werden können, β, außerdem mit einem Umsatz von 1% von der Gesamteinnahme für Erhebungskosten.“ — Die oldenb. Regierung hatte im Februar d. J. die Gründung eines Zentral-Dorgans neben dem Bundesgesetz-Blatte, für die Veröffentlichungen des Bundes, beantragt. Der Justizausschuss hat in seinem jetzt erzielten Bericht die Bedürfnisfrage für ein solches Organ bejaht und demgemäß beantragt, zum Zweck solcher für das Publikum bestimmten Veröffentlichungen der Bundes-Dorgane, welche der Verkündigung durch das Bundesgesetzblatt nach den bestehenden Bestimmungen nicht bedürfen, ist ein besonderes Zentralblatt zu gründen. Der Herr Bundeskanzler wird erachtet, die zur Ausführung dieses Beschlusses erforderlichen Anordnungen entwerfen zu lassen und dem Bundesrat zur weiteren Beißlußfassung vorzulegen. — Zu dem vor einiger Zeit von uns dem Inhalte nach mitgetheilten Gesetz über das Urheberrecht an Schriftwerken u. c. sind jetzt im Umfang von 10 Druckbogen die Motive erschienen, welche als ein höchst wertvolles Erläuterungswerk zu dem wichtigen Gesetz betrachtet werden können. In einer kurzen Schlussschrift wird das Gesetz als ein erheblicher Fortschritt auf dem Gebiete des Autorenrights bezeichnet, indem er mit der Herstellung der Rechtseinheit in dieser Materie auch wesentliche Verbesserungen der bisherigen Landesgesetzgebung erzielt. Räumlich gilt dies von dem Schutz der Zeitungsartikel; der Sammelwerke; dem Übersetzungsberecht; der Lehre vom Vorlage und der Fahrlässigkeit beim Nachdruck; der Lehre von der Konfiskation; der freien Beweistheorie in Nachdrucksachen; von der Verjährung; der Eintragkette; der Benutzung musikalischer Kompositionen; der Entschädigung des Verletzten bei unbefugten Aufführungen und endlich von den Grenzlinien bei der Nachbildung der Werke bildender Künste. — Der Bericht über das Konsolidationsgesetz erscheint erst heute Abend, kann also am Sonnabend noch nicht zur Plenarverhandlung gelangen.

Der „St. Anz.“ enthält einen Allerhöchsten Erlass vom 27. Sept. c. betr. die Organisation der Bauverwaltung in der Provinz Hannover nach den durch den Allerhöchsten Erlass vom 7. Januar 1862 für die älteren Provinzen festgestellten Grundzügen.

— Die „Prov.-Korr.“ befürwortet in einem halboffiziellen Artikel das Konsolidationsgesetz. Es wird u. a. folgende Versicherung gegeben:

Es ist nicht die Absicht, von den Überlieferungen der preußischen Finanzpolitik in Bezug auf die allmäßige Tilgung der alten Schulden überhaupt abzugehen; vielmehr wird auch nach den jetzigen Vorschlägen der Regierung jährlich noch ein Beitrag zur Schuldentilgung verwandt werden, welcher über die Forderungen und Erwartungen des alten Gesetzes über das

Staatschuldenwesen noch hinausgeht. Die Regierung erfreut daher keineswegs eine Aufhebung der Schuldentilgung, sondern nur, daß dem Staat in Bezug auf die jährliche umfassendere oder geringere Tilgung eine freiere Bewegung gewährt werde. Es sollen dem Staat nicht durch eine feste, unabänderliche Tilgungspflicht die Hände gebunden sein, vielmehr die Möglichkeit gewonnen werden, die Staatsentnahmen wenigstens hellweise zur Befriedigung von Bedürfnissen zu verwenden, welche sich den Umständen nach dringender als die Schuldentilgung geltend machen.“ Der Artikel spricht sodann die Auversicht aus, daß das Gesetz die Zustimmung der gesetzgebenden Gattungen finden wird, auch des Herrenhauses, „welches seinerseits schon in früheren Jahren Anträge auf Verminderung der regelmäßigen Schuldentilgung gestellt hatte.“ Am Schlusß heißt es: Durch die neue Regelung des Staatschuldenwesens wird neben der Befriedigung augenblicklicher Schwierigkeiten ein erster Schritt auf der Bahn dauernder Verbesserungen unseres Finanzwesens geschritten, welches sodann weitere Schritte auf anderen Gebieten der Finanzgesetzgebung folgen werden.“

— Die ministerielle „Prov.-Korr.“ schließt einen Artikel über das Konzil mit folgenden Worten:

Eine Besorgniß wegen Gefahren für den Staat würde nach Lage der Verfassung und Gesetzgebung, sowie mit Bezug auf das politische und patriotische Bewußtsein unseres Volkes unter keinen Umständen zu begreifen sein. Vor Allem aber muß die Weisheit des römischen Stuhls selbst darauf bedacht sein, das Konzil nicht auf Bahnen leiten zu lassen, welche zu bedenklichen Ergebnissen führen könnten. Die Stimmen befommener Katholiken dürften in Rom bereits Beachtung gefunden haben, und die Ratschläge der deutschen, sowie gleichgesinnter Bischöfe werden auf dem Konzil gewiß schwer ins Gewicht fallen. Möge die Auversicht der Bischöfe erfüllen, daß das Konzil nur Leben verhindern werde, welche mit den Grundsätzen der Gerechtigkeit, mit dem Rechte des Staates und seiner Obrigkeit, mit der rechtmäßigen Freiheit und dem Wohle der Völker in Einklang stehen.

— Von den 6 Synoden der östlichen Provinzen haben 4 sich für den Wegfall der bindenden Vorschlagsliste für die Wahlen zu den Gemeindkirchenräthen ausgesprochen; nämlich die schlesische mit 48 gegen 20 Stimmen, die sachsenische mit 65 gegen 54 Stimmen, die posensche mit 32 gegen 12, die preußische mit 58 gegen 27 Stimmen; dagegen hat die Synode der Provinz Pommern den Wegfall der Vorschlagsliste abgelehnt mit 56 gegen 14 und die brandenburgische mit 60 gegen 27 Stimmen.

— Der Oberbürgermeister Seydel hat unter dem 29. November d. J. dem Präsidio der brandenburgischen Provinzialsynode ein Schreiben zugeschickt, worin er erklärt, nicht ferner der Provinzialsynode angehören zu können, mithin von dem genannten Tage ab aus derselben ausscheiden. Das Mandat Sr. M. des Königs habe er in die Hand des Evangelischen Oberkirchenrats zurückgegeben. — Die Protestant. Kirchen-Btg. bemerkt zu dieser Notiz: Die Thatstätt wird nicht ohne Eindruck bleiben; wir haben bedauert, daß der durch und durch katholisirende Beschluß der Synode über den Bekennnissparagraphen nicht mehr Mitglieder der Versammlung zu einem ähnlichen Schritte veranlaßt hat, welcher uns im Interesse der Ehre unserer evangelischen Kirche fast geboten erschien.

— Ein interessanter Anhalt zur Beurtheilung des verschwindend geringen Grades von Selbstständigkeit und Freiheit der kirchlichen Gemeinden in den östlichen Provinzen Preußens dürfte, meint die „Post“, durch die Anführung folgender Daten sich ergeben:

Die in der Provinz Brandenburg 2.598.000 Seelen starke evangelische Bevölkerung ist in 2387 Kirchen und Kapellen eingepfarrt, bei den n. außer den Hofsproßern 1217 Geistliche seit eingestellt sind. Von diesen 1217 Stellen aber werden nur 4, sage vier, also etwas weniger als der vierzigstürige Theil durch freie Wahl der Gemeinden besetzt. Die Berufung in allen übrigen 1213 Ställen geschieht durch die Patronate, deren 555 vom Konistorium, 65 von königlichen, 213 von städtischen Behörden ausgeübt werden, während nicht weniger als 489 Patronate in den Händen des „alten Adels und befestigten Grundbesitzes u. c.“ sich befinden! Nimmt man hier hinzu, daß die Provinzialsynode aus 56 dieser von den Patronaten befestigten Geistlichen neben nur 51 Nichtgeistlichen, die aber unter dem Einfluß der Prediger gewählt wurden, und außerdem aus 23 vom Könige auf Vorschlag des Kultusministers berufenen Mitgliedern besteht, so dürfte damit der allerhündigste Beweis geliefert sein, daß die Beschlüsse dieser Provinzialsynoden mit der Willensmeinung der Gemeinde-Mitglieder so gut wie gar nichts zu schaffen haben können!

— Als Illustration zu der neulichen Debatte über die Schullehrer-Seminarien und als schäbiges Material für die Berathung des Unterrichtsgesetzes können folgende Mittheilungen der „Nord. Schul.“ dienen:

Zunächst sind im vorigen Jahr mehrere Elementarlehrer mit ihren Familien aus der Stadt und Provinz Posen nach Amerika ausgewandert und haben dort teils als Lehrer, teils in anderen Zweigen einträgliche Stellen gefunden. Die günstigen Berichte, welche die ausgewanderten Lehrer über die amerikanischen Verhältnisse an posener Freunde und Bekannte gesandt haben, andere Lehrer, die von ihrem Aufenthalt ihre Familien zu ernähren außer Stande sind, bestimmt, jenem Beispiele zu folgen und sich zum Herbst ebenfalls nach Amerika zu begeben. Dann werden Schilderungen über die Lehrernoth in Niederschlesien gegeben. Wo der Hauptlehrer auf irgend eine Weise die Verwaltung der Hilfslehrer bejorgen kann, muß man vor der Hand noch auf eine neue Lehrkraft warten. In Mühlhausen, Kreis

Löwenberg, hat die Schule geschlossen werden müssen, weil nach dem Tode des am Schlagfluss gestorbenen Lehrers kein Nachfolger aufzutreten war.

— Am 1. d. M. wurde den Schullehrern zu Posen in einer Konferenz eine auch in anderen Gegenden Pommerens kolportirte Petition von dem Schul-Inspektor Pastor Kupke vorgelegt, in welcher das Abgeordnetenhaus gebeten wird, die Schule von der Kirche nicht zu trennen; allein die sämtlichen Lehrer lehnten wie die „N. St. B.“ berichtet die Unterschrift ab.

— Bei der zweiten Lesung des Kultusrats, schreibt die „Post“, wir dem Vernehmen nach ein Versuch zur Befestigung des Herrn v. Mühlner gemacht werden, welcher in Abgeordnetenkreisen mehrfach Fürsprache gefunden. Man beabsichtigt nämlich, den Minister aufs Trocken zu setzen und sein Gehalt zu streichen. — Mittlerweile mehren sich noch immer die Zustimmungsklärungen an den Abgeordneten Ziegler. Die liberale Partei des Kreises Marienwerder-Stuhm wird in einer Petition das Abgeordnetenhaus ersuchen, eine Adresse an den König zu beschließen, in welcher denselben die Entlassung des Kultusministers v. Mühlner als ein durch Preußens Wohlfahrt gebotener Schritt dringend ans Herz gelegt werde. Die Petition soll von Männern von politischer Einsicht zur Unterschrift präsentirt werden.

— Pastor Steffen wird gegen die im Disziplinarwege gegen ihn verhängte Strafverfügung, wie von seinen Bekannten gesagt wird, noch weitere Schritte vornehmen und nötigenfalls auf jede Anstellung im Pfarramte verzichten. Sein hiesiges Amt hat er bereits aufgegeben.

— Der Geh. Legationär v. Kudell ist gestern früh von der internationalen Konferenz in Kairo hierher zurückgekehrt. Wie die „N. P. B.“ hört, ist derselbe zunächst von Bonn zurückgekommen und hat gute Nachrichten über das Bestehen des Grafen Herbert v. Bismarck überbracht.

— Der l. Legationssekretär Frhr. v. d. Brinck ist von Dresden hier eingetroffen, um während des bevorstehenden Urlaubes des l. Gesandten in Kopenhagen daselbst die Führung der gesandtschaftlichen Geschäfte als Geschäftsträger zu übernehmen.

— Die für gestern beabsichtigte Sitzung des Staatsministeriums hat nicht stattgefunden; dagegen findet heute unter dem Vorsitz des Kriegs- und Marineministers v. Roon eine Sitzung statt.

— Nachdem die Bunde-Zivilprozeß-Kommission ihre Berathungen über die Lehre von den Rechtsmitteln vollendet hat, steht, wie die „Spw. B.“ hört, die Veröffentlichung des betreffenden Abschnitts des Entwurfs bevor. Von dem ganzen Werke ist hierach abgesehen, abgesehen von einigen außerordentlichen Prozeßarten, anscheinend nur noch die Lehre von der Exequation übrig, so daß sich der Abschluß binnen einigen Monaten erwarten läßt.

— Nach einem durch kgl. Ordre bestätigten Friedgerichtlichen Erkenntnis ist der Sekondeleutnant v. Parpart vom Kaiser-Franz-Garde-Grenadier-Regiment in contumaciam für einen Deserteur erklärt worden. Derselbe hatte im Monat August c. seine hiesige Garnison heimlich verlassen, ohne daß dessen Verbleib bis jetzt festgestellt werden könnte.

— Nachdem die Bunde-Zivilprozeß-Kommission ihre Berathungen über die Lehre von den Rechtsmitteln vollendet hat, steht, wie die „Spw. B.“ hört, die Veröffentlichung des betreffenden Abschnitts des Entwurfs bevor. Von dem ganzen Werke ist hierach abgesehen, abgesehen von einigen außerordentlichen Prozeßarten, anscheinend nur noch die Lehre von der Exequation übrig, so daß sich der Abschluß binnen einigen Monaten erwarten läßt.

— Nach einem durch kgl. Ordre bestätigten Friedgerichtlichen Erkenntnis ist der Sekondeleutnant v. Parpart vom Kaiser-Franz-Garde-Grenadier-Regiment in contumaciam für einen Deserteur erklärt worden. Derselbe hatte im Monat August c. seine hiesige Garnison heimlich verlassen, ohne daß dessen Verbleib bis jetzt festgestellt werden könnte.

— Am Mittwoch fand dort in Folge einer Einladung des Superintendanten Danckward aus Güstrow und unter dessen Vorsitz ein Versammlung von Freunden der Union statt, in der sich etwa 20 Geistliche aus Neuvorpommern und eine größere Zahl von Laien eingefunden hatten.

Unter den Letzteren befanden sich die Herren Rittergutsbesitzer Kammerherr von Buggenhagen, Ritter-Gutzen und v. Cossawitz-Eichow. Es wurde zunächst die Gründung eines kirchlichen Vereins besprochen, der auf Grund des christlichen Bekennnisses dem engeren Konfessionalismus entgegenstehen sollte; ferner wurde ein energischer Protest gegen die nunmehr heimgekommene Synode beschlossen, der an den Oberkirchenrat gerichtet werden soll — Auch in Stolp haben die städtischen Behörden einen Protest gegen die Provinzialsynode an das Konistorium gerichtet. Ebendaselbst zuletzt ein Protest unter den Gemeindemitgliedern und findet zahlreiche Unterschriften. In Anklam geschieht ein gleiches. Der Magistrat von Stargard hat eine Vorstellung an den König deschlossen, in welcher der vollen Zugehörigkeit der unter städtischen Patronaten stehenden städtischen Kirchengemeinden zur Union Ausdruck gegeben werden soll.

— Köln, 6. Dezember. Im Verlaufe der wegen Befreiung vom Militärdienste junger Leute in Bockum eingeleiteten Untersuchung sind bis jetzt 22 Militärtärzte gefänglich eingezogen worden. Die „Post“ gibt darüber folgende Einzelheiten:

Darunter befindet sich ein Oberstabsarzt von der hiesigen Artilleriebrigade, der durch die Unterforschung gleichfalls belastet erscheint. Gut unterrichtete Leute wissen, daß in Essen gegenwärtig 100.000 Thlr. seitens der

Kalenderprobe.

Nicht „mit jedem jungen Jahr“, wie das „Mädchen aus der Fremde“, sondern mit jedem älteren Jahr, wenn es an Wärme verliert und an Licht, so daß die Södche und Schwalben ihre Villagaturen im Süden aufsuchen, stellt sich eine Art von Büchern ein, die trotz ihres fremden Namens in jedem Hause heimisch werden. Es sind gleichsam die Herolden des kommenden Jahres, welche mit dem Ruf: „Vivat sequens!“ dem alten Jahre bedeuten, daß seine Herrschaft bald zu Ende sei. Einige sinnige und dichterische Naturen empfinden das gewiß, wenn ihnen die ersten Kalender aus den Buchhandlungen und Interaten entgegenfliegen; und es ist so traurlich, alle Erstcheinungen mit etwas Poësie und Phantasie zu umhüllen; mag auch mancher praktische Geist darüber lächeln und uns sagen, daß Diener, welche die Kalenderbücher in die Welt senden, die Schriftsteller und Verleger, ganz und gar keine poëtischen Motive haben, wenn sie freibend einander zuvorkommen, so zeltig als möglich ihre Frühgedanken in die Welt setzen. Und zudem gewinnt ja der Kalender Produzent bei diesem Wettkampf nicht allein, sondern auch der Konsumant. Ein verständiger Mann kostet die verschiedenen Weine durch, ehe er eine Sorte wählt, und das hat den doppelten Vorteil, daß die Probe nicht ohne Genuss und der Genuss nach der Probe desto gesicherter ist. Gestalt es meinen Lesern, so kosten wir zusammen einige Kalenderproben durch. Ein jeder von uns bleibt dann bei der Sorte, die ihm gefällt.

Da sind zunächst ein paar Produkte, welche die Namen alter respektablen Firmen auf der Titelseite zeigen: Trowitzsch's (Berlin) Volkskalender, 43. Jahrgang und Trewendt's (Breslau) Volkskalender, 25. Jahrgang. Schon als Kinder haben wir diese Kalender auf dem almodischen Schreibtisch des Großvaters und in den Händen der Großmutter gesehen; vielleicht bewahrte mancher unserer Väter noch als „Urvaterhausbüro“ einen alten Jahrgang auf — mit Notizen über Familien-Ereignisse, Über schwemmungen, Feuersbrünste und andere wichtige Thatsachen. Ein solches Buch gleicht dem alten Hausdienner, der, halb Familienmitglied und Hausinventar, uns schon bekannt hat, als wir über den Laufstein geballten wurden und uns jetzt mit redseliger Zunge die Chronik unseres elterlichen Hauses erzählen. Es ist eine läbliche Gewohnheit, die denkwürdigen Tage aufzuzeichnen. Auch Mr. Macketh scheint ihr gehuldigt zu sein, wen wengstens läßt Schiller ihn sagen:

— Versucht auf ewig stehe Die Unglücksünde im Kalender.

Wie er wohl das vermacht haben mag, der ehrgeizige Heldherr des Königs Dunkan? Vielleicht macht er ein Kreuz dazu, wie noch heut der Bauer, wenn er sich einen zukünftigen Termin notiren will. O diese Kreuze im Kalender — was können sie nicht alles bedeuten! Eine ganze Geschichte liegt oft unter solchen Beischriften, doch wir siehen vor diesen Runen-Denkmalen und suchen vergeblich ihre Bedeutung zu errathen.

Der Trowitzsch-Kalender und der Trewendt-Kalender schen heute fast noch so aus wie vor Jahrzehnten und ähneln sich beide in Form, Inhalt und Ausstattung. Wie die Kinder-Bibel beginnen beide mit Bildern, die meist nach Zeichnungen des fleißigen Ludwig Löfftz angefertigt, den harmlosen Produkten der Generalmalerie eine weite Verbreitung durch den Druck geben. Warum wählt man nicht historische Darstellungen, Landschaften oder Abbildungen von merkwürdigen Dingen der Natur- und Naturkunde? wird der Rücksichtslosen leicht fragen. Ich weiß es nicht, glaube jedoch, daß diese Generalmalerei dem Kalender-Bolz des Volkskalenders gefallen. Hat der Kalender sein Jahr abgewartet, dann bemächtigen sich die Kinder dieser Kunstdarzäte und bilden ihren Geschmack und ihr Denken daran; manchmal erhalten diese Bilderchen auch eine höhere Verwendung. In den kleinen Haushaltungen sieht man nicht selten das oder andere dieser Bilder neben frommen Darstellungen und Familienporträts an der Wand. Warum auch nicht? Der barschige Junge oder das verliebte Mädchen auf dem Bilde werden ja schließlich selbst zu Familienmitgliedern, die vielleicht sogar Einfluß auf das Geschick der Thriegen äußern.

Auch darin ähneln sich beide Kalender, daß sie zu jedem Bildchen hinter im Text ein Gedicht bringen, welches meist von Provinzialdichtern verfasst, bald in guten, bald in schlechten Versen die bildliche Darstellung erläutern soll, aber zu dem Bilde oft eben so paßt wie einst Sauls Rüstung dem kleinen David. Trewendt-Kalender, eng verwachsen mit dem schlesischen Volksgeist, hat seit 20 Jahren Blüthen der provinzial-mundartigen Muse Holtei's gebracht. Trewendt ist tot.

— Im versunkenen Summen
Do de Welt dendram in vuler Pracht
Hot gelaucht, ihs Aer zum samten Schlummer
Genes Murgens Trug nich ufferwacht.

Aber sein Kalender lebt noch und auch sein Freund, der schlesische „Lie-

del“-Sänger. Schwer scheint es dem Dichtergrelz geworden zu sein, indessen er hat doch wieder die alten „Schlänglinge“ bekannte Laute ergreift, um

Beteiligten bereit gestellt sind, um das zur Unterstützung der Untersuchung und zur Inhaftierung des Insulpaten dort stationierte Infanterie-Detachement zu bestimmen, weshalb solches alle acht Tage gewechselt wird. (?) Bei den Gebr. Dickehoff fand man an Depots in Staatspapieren und Effekten, welche die vom Militärdienst zu Befreien als Depot für ihre Geldverpflichtungen hinterlegt hatten, 60.000 Thaler Goldwert, nebst dem dazu gehörigen Namensverzeichniß. — Einer der Gebr. Dickehoff, der hier in Köln wohnte, befand sich schon vor Jahresfrist wegen desselben Vergehens in Untersuchungshaft; nur die Skrupel des Denunzianten in Betracht der Konfession bei dem Zeugeneid retteten ihn damals. Über die Art und Weise, wie Befreiungen vom Militärdienst stattfanden, erzählte man sich, daß die Kontrollisten gefälscht wurden, und Leute als tot oder verzogen aufgeführt waren, die ruhig daheim saßen. Doch muß man auch mit Fälschung von ärztlichen Gesundheitssattesten sich viel beschäftigen, wie die Verhaftung der vielen Arzte zeigt.

D. Dresden, 7. Dez. [Das neue Preßgesetz. Keine Kommunalgarden mehr. Interims-Theater. Platen bleibt.] In der verlorenen Woche hat untere zweite Kammer in drei ausgedehnten Sitzungen das von der Regierung vorgelegte Preßgesetz beraten und nach mancherlei Abänderungen und Zusätzen in freiheitlichem Sinne gegen 1 Stimme angenommen. Berichterstatter war Professor Dr. Biedermann, als Vertreter der Regierung fungirten die Minister des Innern und der Justiz, die Herren v. Rostiz-Pallwitz und Dr. Schneider, sowie der Regierungsrath Barth aus Leipzig und der Justizrat Held von hier. Die beiden leitenden Herren brachten an ihrer früheren Stellung als Staatsanwälte einen nicht geringen Grad von Redegewandtheit mit, wodurch sie in mehreren Punkten der Regierungsvorlage den Sieg verschafften. Wir müssen es uns leider aus verschiedenen Gründen versagen, die sehr eingehenden und sich mit vielen theoretischen und praktischen Details befassten Verhandlungen näher zu skizzieren, und wollen nur bemerken, daß der Berichterstatter selbst den Preßgesetzwurf als einen wichtigen Fortschritt anerkannte, der in 14 nicht ungewöhnlichen Punkten Verbesserungen der bisherigen Preßverhältnisse enthalte. Gleichwohl ist es der berichterstattenden Deputation noch gelungen, diesen Verbesserungen eine ganze Reihe anderer Ämendements hinzuzufügen. Die Bestimmungen über das Verbot, über die Bestrafungen, die Konfiskation und die vorläufige Beleidigung von Preßzeugnissen wurden in einem durchaus fortschritten Sinne angenommen und die Regierung gab in den meisten Fällen ihre Zustimmung. Die Kammer nahm unter Andern auch folgenden Antrag an: "Die hohe Staatsregierung möge dahin wirken, daß in die zu erwartende Strafsprozeßordnung für den Norddeutschen Bund eine Bestimmung wegen Verweigerung aller von Amts wegen zu untersuchenden Preßvergehen ohne Unterschied der Höhe der darauf gesetzten Strafen an die Geschworenen oder Schöffen angenommen werde." Werner beschloß die Kammer, da nunmehr in Sachsen die Kautio

nien für die Sitzungen festgestellt haben und zurückgegeben werden sollen, bei der Regierung zu beantragen; über die Höhe des bei der Rückgabe der bestellten Kautio

nien zu erwartenden Kursverlustes und dessen Entstehung spezielle Nachweisungen zu geben und mit der Berichterstattung hierüber die zweite Deputation der Kammer zu beauftragen. Wenn die erste Kammer nicht wieder, wie be

der Frage über die Aufhebung des kirchlichen Patronatsrechtes, verdirbt,

was die zweite Kammer gut gemacht hat, so hat Sachsen in der Preßge

gebung einen Weg betreten, auf dem man in Preußen nachfolgen sollte.

— In der gestrigen Sitzung der zweiten Kammer wurde der Regierungsentwurf über das Institut der Kommunalgarde beraten. Die Kammer beschloß mit großer Majorität, dem Berichte der betreffenden Deputation beizutreten und das veraltete Kommunalgardeinstitut aufzuheben, ebenso lehnte man die von der Regierung empfohlene und von der ersten Kammer genehmigte Errichtung von besonderen Schutzwehren als Surrogat für die aufgelöste Kommunalgarde ab. Letzteres geschah nämlich aus dem Grunde, weil die Einrichtung eines Sicherheitsdienstes jedenfalls bei der von der Regierung bereits angelegten, nach den Prinzipien der Selbstregierung zu verändernden Organisation der Gemeindeverwaltung in Beratung und zur Beschlusssfassung kommen müsse. Dr. Wigard behielt sich für den nächsten Landtag einen auf diese Angelegenheit bezüglichen Antrag vor.

— Unser Interims-Theater ist bereits am 2. Dezember mit Göthe's Iphigenia auf Tauris eröffnet worden. Von einer Aufführung des beim Publikum so verhassten Grafen Platen verlautet noch immer nichts.

Dresden, 8. Dez. Der Ausschuß der Abgeordnetenkammer empfiehlt gegenüber dem ablehnenden Beschuß der ersten Kammer einstimmig das Festhalten an den Anträgen, betreffend die Aufhebung des Patronats und die Verbesserung des Wahlgesetzes für die Synode.

Oesterreich.

Brünn. Der von der Humpesch'schen Familie mit Geldmitteln entzündigte Müller hat schon jetzt die protokollarische Erklärung abgegeben bei der Anfangsak. M. stattfindenden Schlukberatung contra Humpesch zu Gunsten des Grafen Platen ein Gnadenbeschluß einzubringen.

— Neuer einen Zwischenfall in dem Prozeß gegen die Oberinnen des Krakauer Karmeliterklosters, welcher jetzt dem dortigen Oberlandesgericht zur Entscheidung vorliegt, wird der "Elberf. Bltg." geschrieben:

Wie wir vernehmen, hat der Vertheidiger der angellagten Oberin Marie Benzky von den letzteren die Vollmacht erhalten, gegen ein "Wiener Journal", welches über die angebliche Einstellung des Gerichtsverfahrens in sehr entrüsteter Weise sich aussprach, einen Rechtsprozeß einzuleiten. Da für diesen Fall die Untersuchungsakten im Prozeß überigt an das wiener Landesgericht eingeliefert werden müßten, so würde die Uffiziale überigt endlich aus dem geheimnisvollen Dunkel hervortreten müssen, in dem sie bisher wohlweislich verborgen blieb. Der Rechtsprozeß würde übrigens vor den wienerischen Geschworenen zur Austragung kommen.

Pesth, 7. Dez. (Tel.) Die Broschüre des Dr. Fischhoff "Oesterreich und die Bürgschaft seines Bestandes" erfreut sich hier von Seiten aller Parteien des ungarischen Reichstags eines gro-

freund für Alles, prophezeihend, unterhaltend, lehrend, wie man ihn gerade braucht.

In Trewendts Verlag erscheint auch noch ein "Allgemeiner Hausskalender", der auch bereits 23 Jahrgänge zählt. Ihm fehlen die Bilder und einige andere Zusätze, im Uebrigen hat der Hausskalender eine unverkennbare Familienähnlichkeit mit dem Volkskalender, etwa wie der ältere Bruder mit dem jüngeren. Kein Zweifel, daß sie von demselben Vater abstammen!

Wir kommen nun zu einem anderen "Paar". Paynes Kunstanstalt (Th. Lindau) in Berlin gibt einen "Illustrirten Familienkalender" heraus. Der vorliegende 7. Jahrgang hat bereits — so steht es auf dem Titelblatte, — die zweite Ausgabe erlebt. Otto Janes Volkskalender" steht den zweiten Jahrgang, und bringt 49 in den Text gedruckte Holzschnitte. Sie erscheinen beide in Duodezformat und ähneln sich ungemein. Ihren berliner Ursprung verrathen sie durch ihren Witz und ihr Interesse für Politik und politische Persönlichkeiten, denn von solchen finden wir in beiden Kalendern Porträts und Biographien.

Als letzten Kalender dieser Kategorie nennen wir ein provinzielles Produkt, welcher den kurzen Titel führt: "Neuer und alter astronomischer und haushaltungskalender auf das Jahr nach der Geburt Jesu Christi 1870, welches ein Gemeinhahr von 365 ist. Für das Großherzogthum Posen und die angrenzenden Provinzen. Posen. Druck und Verlag von W. Becker & Comp. (C. Köster)." Die "berechtigte Eigenhünlichkeit" dieses Kalenders besteht darin, daß es, während die vorgenannten sich auf Octa- oder Duodezformat beschränken, in Quart auftritt. — Die Provinz Posen muss nun einmal stets etwas Besonderes haben. Im Uebrigen ist er ganz wie die anderen Kalender angelegt. Er bringt Erzählungen, Anekdoten, Krausers Prophethütungen, Marktverzeichnisse, Genealogien, kulturhistorische Notizen und, die neuen Maße und Gewichte des Norddeutschen Bundes". Auf die zu der Skizze "Das Jahr eines Jägers" beigegebenen 6 großen Illustrationen wünscht der Verleger besonders die Aufmerksamkeit gerichtet zu sehen. Mehr davon sagten, kann die "Posener Zeitung" nicht gut, da sie ein Ereigniß desselben Verlags ist; denn, wollte sie loben, so würde das den Lesern parteiisch erscheinen wie das Lob einer Schwester, und die Verwandten öffentlich zu tabeln, verbietet die gute Sitte. Wir müssen es darum unseren Lesern über-

lassen. Bethlens "Wochenschrift" hebt in einem Leitartikel besonders das Zweckmäßige des vorgeschlagenen modus procedendi zum Ausgleich, die Einberufung einer freien Konferenz, welche die vom Militärdienst zu Befreien als Depot für ihre Geldverpflichtungen hinterlegt hatten, 60.000 Thaler Goldwert, nebst dem dazu gehörigen Namensverzeichniß. — Einer der Gebr. Dickehoff, der hier in Köln wohnte, befand sich schon vor Jahresfrist wegen desselben Vergehens in Untersuchungshaft; nur die Skrupel des Denunzianten in Betracht der Konfession bei dem Zeugeneid retteten ihn damals. Über die Art und Weise, wie Befreiungen vom Militärdienst stattfanden, erzählte man sich, daß die Kontrollisten gefälscht wurden, und Leute als tot oder verzogen aufgeführt waren, die ruhig daheim saßen. Doch muß man auch mit Fälschung von ärztlichen Gesundheitssattesten sich viel beschäftigen, wie die Verhaftung der vielen Arzte zeigt.

D. Dresden, 7. Dez. [Das neue Preßgesetz. Keine Kommunalgarden mehr. Interims-Theater. Platen bleibt.] In der verlorenen Woche hat untere zweite Kammer in drei ausgedehnten Sitzungen das von der Regierung vorgelegte Preßgesetz beraten und nach mancherlei Abänderungen und Zusätzen in freiheitlichem Sinne gegen 1 Stimme angenommen. Berichterstatter war Professor Dr. Bieder-

mann, als Vertreter der Regierung fungirten die Minister des Innern und der Justiz, die Herren v. Rostiz-Pallwitz und Dr. Schneider, sowie der Regierungsrath Barth aus Leipzig und der Justizrat Held von hier. Die beiden leitenden Herren brachten an ihrer früheren Stellung als Staatsanwälte einen nicht geringen Grad von Redegewandtheit mit, wodurch sie in mehreren Punkten der Regierungsvorlage den Sieg verschafften. Wir müssen es uns leider aus verschiedenen Gründen versagen, die sehr eingehenden und sich mit vielen theoretischen und praktischen Details befassten Verhandlungen näher zu skizzieren, und wollen nur bemerken, daß der Berichterstatter selbst den Preßgesetzwurf als einen wichtigen Fortschritt anerkannte, der in 14 nicht ungewöhnlichen Punkten Verbesserungen der bisherigen Preßverhältnisse enthalte. Gleichwohl ist es der berichterstattenden Deputation noch gelungen, diesen Verbesserungen eine ganze Reihe anderer Ämendements hinzuzufügen. Die Bestimmungen über das Verbot, über die Bestrafungen, die Konfiskation und die vorläufige Beleidigung von Preßzeugnissen wurden in einem durchaus fortschritten Sinne angenommen und die Regierung gab in den meisten Fällen ihre Zustimmung. Die Kammer nahm unter Andern auch folgenden Antrag an: "Die hohe Staatsregierung möge dahin wirken, daß in die zu erwartende Strafsprozeßordnung für den Norddeutschen Bund eine Bestimmung wegen Verweigerung aller von Amts wegen zu untersuchenden Preßvergehen ohne Unterschied der Höhe der darauf gesetzten Strafen an die Geschworenen oder Schöffen angenommen werde." Werner beschloß die Kammer, da nunmehr in Sachsen die Kautio-

nien für die Sitzungen festgestellt haben und zurückgegeben werden sollen, bei der Regierung zu beantragen; über die Höhe des bei der Rückgabe der bestellten Kautio-nien zu erwartenden Kursverlustes und dessen Entstehung spezielle Nachweisungen zu geben und mit der Berichterstattung hierüber die zweite Deputation der Kammer zu beauftragen. Wenn die erste Kammer nicht wieder, wie be

der Frage über die Aufhebung des kirchlichen Patronatsrechtes, verdirbt,

was die zweite Kammer gut gemacht hat, so hat Sachsen in der Preßge

gebung einen Weg betreten, auf dem man in Preußen nachfolgen sollte.

— In der gestrigen Sitzung der zweiten Kammer wurde der Regierungsentwurf über das Institut der Kommunalgarde beraten. Die Kammer beschloß mit großer Majorität, dem Berichte der betreffenden Deputation beizutreten und das veraltete Kommunalgardeinstitut aufzuheben, ebenso lehnte man die von der Regierung empfohlene und von der ersten Kammer genehmigte Errichtung von besonderen Schutzwehren als Surrogat für die aufgelöste Kommunalgarde ab. Letzteres geschah nämlich aus dem Grunde, weil die Einrichtung eines Sicherheitsdienstes jedenfalls bei der von der Regierung bereits angelegten, nach den Prinzipien der Selbstregierung zu verändernden Organisation der Gemeindeverwaltung in Beratung und zur Beschlusssfassung kommen müsse. Dr. Wigard behielt sich für den nächsten Landtag einen auf diese Angelegenheit bezüglichen Antrag vor.

— Unser Interims-Theater ist bereits am 2. Dezember mit Göthe's Iphigenia auf Tauris eröffnet worden. Von einer Aufführung des beim Publikum so verhassten Grafen Platen verlautet noch immer nichts.

Dresden, 8. Dez. Der Ausschuß der Abgeordnetenkammer empfiehlt gegenüber dem ablehnenden Beschuß der ersten Kammer einstimmig das Festhalten an den Anträgen, betreffend die Aufhebung des Patronats und die Verbesserung des Wahl-

gesetzes für die Synode.

— Oesterreich.

Paris, 6. Dez. Das "Journal de Liège" meldet, daß die protestantisch-evangelischen und anglikanischen Gemeinden des Landes im Laufe des Monats mehrere Versammlungen halten werden, um für die Erleuchtung des Papstes und das Konzil zu beten.

Frankreich.

Paris, 6. Dez. Die Parteienbildung im gesetzgebenden Körper ist jetzt ziemlich als beendet anzusehen. Fünf Gruppen haben sich definitiv konstituiert: eine äußerste Rechte, ein rechtes und ein linkes Zentrum, eine Linke und eine äußerste Linke. Man glaubt, daß die Zentren den Ausschlag geben werden. Mathieu und Sébastien David haben Briefe veröffentlicht, worin sie zur Eintracht aller Parteien auffordern. Die von Olivier abgesetzten wollen sich an das rechte Zentrum anschließen, nachdem Thiers die Neuordnung hat fallen lassen, daß eine Fusion der beiden Zentren eine Nothwendigkeit sei. Heute sind die Manifeste des rechten und des linken Zentrums publiziert worden; beide sind liberal, nur daß das linke Zentrum um ein beträchtliches Stück weiter geht, es vertagt nämlich für den gesetzgebenden Körper eine wirkliche Beteiligung an der konstituierenden Gewalt. — Die Kaiserin, die in bester Gesundheit zurückgekehrt, ein wenig gebräunt von der afrikanischen Sonne, spricht sich mit großer Zufriedenheit über ihre Reiseabenteuer aus und verweilt gestern mit Vorliebe bei einer Angelegenheit romantischer Art, die sich während ihres Aufenthalts in Port Said zugetragen. Die Offiziere und Passagiere eines dort liegenden spanischen Schiffes hatten ihr nämlich eine Serenade gebracht, bei der ein Offizier sich als Romanenjäger aufgegeben, auch Matacanni zu derselben sich nicht verstehen wollte, hatte heut Cibrario eine Konferenz mit dem Könige, in Folge deren er, wie versichert wird, den Auftrag der Kabinettbildung erhalten und angenommen habe. Die in der Stadt zirkulirenden Gerüchte lauteten einem baldigen Zustandekommen der Neubildung das Kabinets allgemein günstig.

Portugal.

Paris, 7. Dez. (Tel.) Der "Moniteur universel" erwähnt wiederum des Gerüchtes, daß die Minister ihre Entlassung eingereicht haben. — Der Kriegsminister hat 6000 Mann auf vier Monate beurlaubt. — Das Programm der Partei Olivier (rechtes Zentrum) hat 10 neue Anhänger gewonnen und zählt nunmehr im Ganzen 124 Unterschriften.

Italien.

Lissabon, 6. Dez. (Tel.) (Verspätet eingetroffen.) Gestern wurde im Theater gegen den Konseilspräsidenten Herzog Saldanha eine Demonstration in Szene gesetzt, welcher jedoch die zahlreich anwesenden Offiziere entgegneten. Der Herzog begab sich unmittelbar darauf ins Palais des Königs, welcher erklärte, daß das Ministerium unverändert sein volles Vertrauen habe. Es sollen an mehreren Orten in den Provinzen ähnliche Demonstrationen im Werke sein. Die Regierung hat Maßregeln getroffen, um die Ordnung aufrecht zu erhalten. Mehrere Korpskommandanten sind in die Provinzen abgegangen.

Italien.

Aus Rom erhält die "Kölner Bltg." zwei Korrespondenzen über das Konzil und das Anti-Konzil, denen wir folgendes entnehmen:

Die Wirkungen der Meinungsdämmung des Bischofs von Orleans treten schärfer hervor, je weniger man sich über die im französischen Clerus vorhandenen Elemente der Opposition läuft läuft. Der Papst hat dem Kardinal Mathieu von Beaufremont gleich in der ersten Audienz wie früher dem Kollegen Bonnecaze sein Bedauern geäußert, doch auch in Frankreich in den Klassen wo man es am wenigsten erwartet, die Pietät für das Überlebte über das viele Examen und Kritiken immer mehr abbanden kommt. Die Erfahrungen, welche man hier mit dem französischen Clerus macht, werden bei der in der Kurie einmal vorherrschenden Strömung die Förderer des Konzils mit ihren leichten Planen etwas vorstülpiger machen, aber schwerlich davon abbringen. Der Papst ist für augenblickliche Eindrücke empfänglich, keine scharf prononcierte Meinung geht spurlos an ihm vorüber, doch mit derselben Leichtigkeit werden die aufgenommenen Eindrücke durch nachfolgende gelöscht, die vielleicht ausgenommen, welche die Urfahrt der Civilità Cattolica absegt. Es ist nicht so bekannt, wie wünschenswert wäre, daß dieses Blatt unter seinen Lesern keinen eisernen hat, als ihn. Er lädt sich

lassen, selbst die Fehler und Vorzüge dieses posener Produktes herauszustellen und wollen nur noch bemerken, daß es Leute gibt, die den Kalender in dieser altgewohnten Form, just so und nicht anders verlangen.

Sehr abweichend von den vorgeführten Kalendern ist A. Bernstein's "Deutscher Kalender für 1870". Bernstein, der Begründer der "Volkszeitung", ist Posener und Naturforscher, beide aber lieben nicht das Hausdämmere und Althergebrachte, die harmlosen Anekdoten und den gemüthlichen Überglauhen, die Bildchen und Gedichtchen. Modern wie der Seitgut, so ist Bernsteins Kalender: praktisch durch und durch, begeistert für den Fortschritt und die Wissenschaften und zugleich belehrend gleich er mehr den Rednern in Volkvereinen als einem gemüthlichen Hausfreunde. Eine kurze Übersicht seines Inhalts kennzeichnet ihn schon. "Die Sonne und die Uhr" oder "Von der wahren und der mittleren Zeit", heißt der erste Aufsatz hinter dem Datumzeiger. Er ist in demselben populär-anziehenden Tone geschrieben, mit welcher einst Bernstein die Berliner Volkszeitung fesselte. Es folgen darauf sehr anschauliche Mitteilungen über die Sonnen- und Mondfinsternisse, welche im Jahre 1870 bevorstehen. Dieselben sind durch zahlreiche Holzschnitte dem Verständnisse näher gebracht, zu welchem besonders eine an dem farbigen Umschlag angebrachte Vorrichtung beiträgt, wodurch das interessante Phänomen einer Sonnenfinsternis in der anschaulichsten Weise klar gemacht wird. — Daran reiht sich eine Abhandlung über die Stellung der Planeten im Jahre 1870, welche durch sechs Holzschnitte erläutert ist.

Sonderbarer Weise hat der Verfasser im zweiten Jahrgange, den wir vor uns haben, eine Konzeßion an den "herrschen" oder vielleicht besser alten Geschmack gemacht, indem er eine Novelle, freilich mit etwas sozialistischer Moral, beigab. Der Kalendermacher Bernstein ist demnach eher zu Bugeständnissen geneigt, als der Politiker Bernstein, in dessen Fällen dies zum Trost gereichen, daß er mit dieser Novelle dem "herrschen" Geschmack nicht bestreikt hat. Mehr der modernen Tendenz des Kalenders entspricht der kleine Aufsatz über die Geheimnisse der Zahlen, besonders aber die anziehenden und formell vollendeten Schilderungen der Wunderbauten, denn Bernsteins Kalender will ja zugleich ein Jahrbuch für die Kulturfortschritte der Menschheit sein. Dieser Tendenz entspricht auch der übersichtliche Bericht über die wissenschaftlichen Expeditionen im Jahre 1868, über die norddeutsche wissenschaftliche Expedition zu den großen Sonnenfin-

stern vom 18. August 1868 und über die deutsche Nordpol-Expedition. Daran reiht sich eine gedrängte Übersicht über die geschilderten Ereignisse des letzten Kalenderjahrs und Tabellen über die Portofazien, Telegraphengebühren, Münzwerte, Sinenberechnungen, die neuen Maße und Gewichte.

In dem Anhang richtet Schulze-Delitzsch ein belebendes Wort an die deutschen Genossenschaften über die Organisation und Statistik derselben. Daran schließt sich ein vollständiges Verzeichniß der dem Allgemeinen Verbande der deutschen Erwerbs- und Wissenschafts-Genossenschaften angehörigen Vereine und der Vorläufer des organischen Status für den Allgemeinen Verband der auf Selbsthilfe beruhenden deutschen Erwerbs- und Wissenschafts-Genossenschaften. Ein vollständiges und genaues Verzeichniß der im Jahre 1870 stattfindenden Jahrmarkte und Messen gibt dem Kalender den Abschluß.

Wir schließen unsere Probe mit einem leicht moussirenden Produkt, das sich humoristisch-satyrifischer Volkskalender des Kladderadatsch nennt. Seit 21 Jahren erscheint derselbe und just so alt ist sein ältester Witz, denn von jeher heißt "Kladderadatsch" das Wort Kalender nur als Allegorie, in welche er jährlich eine Menge Witze und Schnurren mit Illustrationen von dem genialen W. Scholz packt. Keine Spur von Datumsgeiger! Er will nicht an das Heute und Morgen erinnern, weil es die Heiterkeit schmälern könnte. Dem Glücklichen schlägt keine Stunde und dem Unglücklichen schlägt sie doppelt, darum braucht er auch keine Zeittafel. Beide aber schlägt der Kladderadatsch-Kalender vor:

"Kommt alle her zu mir, arm oder reich,
Glückaufgeschwollen oder pechbeladen,
Alt oder jung, hoch oder niedrig — euch
In höhern Blößnins Thau gesund zu baden."

Um sol

Gros der Gäste rüstet sich zur Abreise nach Frankreich. So hoch veranschlagt auch die Kosten des Größtseestes waren, in Wahrheit mussten sie mindestens das Doppelte, wenn nicht noch mehr, das Präliminare übersteigen. Die Einladungen, welche von Haus aus nur einem immerhin noch gewählten engeren Kreise zugedacht waren, wurden zulegt mit vollen Händen ausgestreut. Jedes Winkelblatt in Frankreich (und zum Theil auch in Oesterreich) entfand seinen Vertreter hierher, der sofort mit Hilfe seines Konsuls und der heilloren Angst, die man hier vor Allem, was Presse heißt, hat, eine solche Einladung erhielt, will sagen, das Recht erwarb, dem Bizekönige mit 85 Fr. täglich in Rechnung gestellt zu werden. Die Konsuln der verschiedenen Mächte vertheilen solche Einladungen mit vollen Händen, und so sah man unter den „Invités du Khédive“ eine Menge von Gestalten, die eben nur der Zufall oder ein unternehmender Sinn hergeschickt hatte, und wieder auch solche, die es nicht nötig hatten, den Schweif der Fellahe durch die Gurgel zu jagen. Aber auch die fürstlichen Besuche dürfen den Planen Ismails nicht so förmlich gewesen sein, wie er wohl gehofft. Von all den fürstlichen Persönlichkeiten kam keine als Souverain zum Souverain, sondern jede mehr oder weniger wie zu einem einflussreichen, aber nicht souveränen Standesherrn. Sogar Eugenie ging ihren Exzentritäten die längste Zeit als „Gräfin v. Pierrefonds“ nach, und von dem Augenblick an, wo sie das Incognito abstreifte, war ihr zwar hr. v. Lessps, aber keine einzige staatsmännische oder politische Persönlichkeit zur Seite und diese Entpuppung selbst dauerte nicht länger, als vom Morgen des 17. bis zum Mittage des 21. d. i. von Port Said bis Suez; die Hauptstadt des Landes hat die Kaiserin nicht als solche gesehen. Bei dem Kaiser von Oesterreich trat dies Unterscheidung noch schärfer hervor. Von dem Augenblick an, als er ägyptisches Gebiet betrat, befand sich nicht der Reichsanterior, sondern der k. k. Botschafter in Konstantinopel in seiner unmittelbaren Nähe und begleitete ihn bis zur Einschiffung. Der Kaiser von Oesterreich, der sonst eine ihm von den Wienern übel vermerkte Neigung für die militärische Uniform hat, erschien gleich seiner glänzenden Suite in Aegypten — mit Ausnahme der gottesdienstlichen Handlung in Port Said — nie anders als im Bivialange — und machte in Kairo nicht einziges Mal eine zeremonielle Aufsicht, wie es ja auch in den Kreisen des Bizekönigs viel befürchtet wurde, daß Baron Prokesch die erste Aufwartung bei Ismail Pascha im einfachen Promenadenkleide mache, während der Bizekönig aufmerksam genug war, bei der Gegenworte mit dem großen Bande des österreichischen Ordens zu erscheinen. Wichtiger aber ist, daß auch England und sogar Russland sich bei der Größtseefeier durch ihre Botschafter in Konstantinopel vertreten ließen und so wenigstens das Forum nach beiden Richtungen hin wahrnahm. Von den Kronprinzen von Preußen weiß man zwar, daß er den norddeutschen Bundesfürsten zu repräsentieren kam, aber eben so gewiß ist, daß sein Besuch keinerlei Demonstration gegen die Pforte involvierte.

Kairo, 8. Dez. (Tel.) Der Kronprinz von Preußen besuchte vorgestern die Pyramiden und wohnte des Abends nach der Rückkehr einer Galavorstellung in der Oper bei. Gestern fand bei dem Bizekönig eine Ballfestlichkeit statt. Heute Morgen ist der Kronprinz nach Alexandrien abgereist.

Bukarest, 8. Dez. (Tel.) Die Deputirtenkammer wählte in ihrer heutigen Sitzung die aus 11 Mitgliedern bestehende Budgetkommission. Der eingebaute Entwurf einer Adresse an den Fürsten in Beantwortung der Thronrede drückt u. A. die Genugthuung der Kammer über die Vermählung des Fürsten, sowie über die erleichterte Lösung verschiedener internationaler Fragen aus und verheißt einmütiges Zusammensehen der Landesvertretung mit der Regierung.

Amerika.

Aus Newyork wird vom 7. Dez. pr. atl. Kabeltelegr. gemeldet:

Die Botschaft des Präsidenten an den Senat erklärt unter Anderem, daß die französische Regierung den Vorschlag betreffend die Neutralität des amerikanisch-französischen Kabels in Kriegszeiten und die Gegenseitigkeit der Kabelkonvention ungünstig aufgenommen habe. Der Präsident hält die Beteiligung aller Nationen an solchen Konventionen für sehr wünschenswert. In Ausführung der in der Botschaft des Präsidenten fixirten Finanzpolitik der Regierung hat der Staatssekretär den bereits angekündigten Antrag eingebracht, Papiergele im Betrage von höchstens 2 Millionen einzuziehen und 1200 Millionen 6% Bonds durch drei Serien 4½ % steuerfreier Bonds zu ersezten, die in 15, 20 und 25 Jahren zurückgezahlt werden sollen. Kapital und Zinsen sollen in Metall gezahlt werden. Die Zahlung der Zinsen soll auch in London, Paris, Hamburg und Frankfurt a. M. erfolgen. — Aus Haïti trifft die Nachricht ein, daß Salnave sich zum lebenslänglichen Präsidenten proklamierte.

Washington, 6. Dez. Die Botschaft des Präsidenten empfiehlt, mit allmäßiger Wiederaufnahme der Baargazahlungen zu beginnen, um die Fluktuationen des Papiergeleburs zu verhindern und schlägt vor, der Kongress möge das Schatzamt autorisiren, das Papiergele zu festen Preisen einzuziehen. Der Kredit der Vereinigten Staaten sollte der beste der Welt sein. Die Tilgung der Staatschulden sei bei der rapiden Zunahme der Zahlungsfähigkeit innerhalb zehn Jahren möglich, ohne daß die Steuern erhöht würden. Die fälligen Bonds könnten durch höchstens 4½ pCt. Bonds ersetzt werden; die Zahlung der Zinsen sollte auch an den Hauptplätzen Europas erfolgen. Die Einnahmen überstiegen den Bedarf. Durch Herabsetzung des Zinssatzes der Bonds sei eine Erleichterung der Steuerauflage möglich und die Botschaft schlägt Steuermodifikationen vor, welche indeß die Grundlagen der jetzigen Steuergesetze nicht ändern. Der Bericht des Schatzamtes erweist für das laufende Jahr eine Gesamteinnahme von 371 Millionen gegenüber einer Gesamtausgabe von 321 Millionen. Das Budget für das nächste Jahr stelle sich noch günstiger. — Die Botschaft bringt auch die Sympathien der Regierung für die Kubaner zum Ausdruck, erklärt jedoch dieselben nicht für berechtigt, ihre Anerkennung zu fordern; die Regierung habe keine Neigung, sich in die Beziehungen Spaniens zu seinen Kolonien einzumischen und deshalb den Vorschlag, die Vermittelung zu übernehmen, abgelehnt. Ferner heißt es in Bezug auf die Alabama-Angelegenheit, es sei besser, dieselbe bleibe unerledigt, als daß ein mangelhafter Vertrag zum Abschluß gelange; der Präsident hoffe jedoch auf eine baldige günstige Lösung. — Die Beziehungen zum Auslande seien durchweg befriedigend.

Mexiko, 29. Oktbr. Die Minister des Krieges, der Finanzen und der öffentlichen Arbeiten sind aus dem Kabinett geschieden. Der bisherige Minister des Innern, Dr. Alf., hat das Justizministerium übernommen, zu seinem Nachfolger im früheren Amte ist der Abgeordnete Manuel Saavedra ernannt worden. Die auswärtigen Geschäfte wird Verdo de Tejada wie bisher leiten. Der Kongress, welcher sich gegenwärtig mit Eisenbahuprojekten beschäftigt, wird später über einen neuen Zolltarif und über den mit dem Norddeutschen Bunde abgeschlossenen Handelsvertrag Beschlüsse fassen. Partielle Aufstände beunruhigen noch immer die öffentliche Sicherheit. So erhob sich auf der Straße nach Toluca, wenige Meilen von hier bei Las Cruces, die zur Bewachung der Straße kommandierte Abtheilung, plünderte die Postwagen und die Reisenden und wurde von den Regierungstruppen zerstreut. Ähnliche Aufstände kamen in den Staaten Louis Potosí und Michoacan vor. Die Einführung der Rekrutierung durch das Loo ist in den einzelnen Staaten auf Widerstand gestossen, so daß die Regierungen das Gesetz theils unausgeführt lassen, theils die Aenderung oder Aufhebung desselben bei der Zentralgewalt beantragen.

Vom Landtage.

Berlin, 7. Dezbr. 35. Sitzung des Hauses der Abgeordneten.
(Schluß.)

Abg. Richter (Königsberg): Mein Standpunkt gegenüber der Seehandlung ist keineswegs ein fortgeschritten, sondern ein altliberaler, derselbe, auf dem 1847 der Vereinigte Landtag stand und den damals v. Binde durch die Neuerzung kennzeichnete, daß so lange es möglich sei, daß der Staat mit Millionen von Schulden belastet werde, ohne daß die Vertretung des Landes den geringsten Einfluß darauf ausüben könnte, er sich nicht in der Lage befindet, in die Übernahme irgend einer Staatsgarantie zu willigen. Das war freilich zu einer Zeit, der das Wort seinen Ursprung verband: „In Gebäuden hört die Gemüthsart auf“, betrachtet man heute die Haltung der Landesvertretung, so könnte man den Satz umkehren: „In Geldsachen fängt die Gemüthsart recht an.“ Unser Wissen über die Seehandlung ist freilich nur Stückwerk, es genügt jedoch vollkommen, um das Verderbliche ihrer Geschäftstätigkeit würdig zu können. Man beruft sich darauf, daß das Institut für den Staat unentbehrlich sei; aber welche Dienste leistet es denn dem Staat? Auf meine Anfrage, ob es im Kontinentalkontakt mit der Generalstaatskasse steht und Kapitalien für dieselbe einziehe, ist mir die Antwort geworden, das sei nicht der Fall, es sei dies Sache der Bank; nur in einzelnen Fällen mache die Staatskasse Wechselgeschäfte mit der Seehandlung. Ich halte es nun überhaupt nicht für gerechtfertigt, daß die Generalstaatskasse einen besonderen Kredit in Anspruch nimmt; im Jahre 1866 sah sie sich in der Lage, die gewährten Steuerkredite früher realisieren zu müssen und wendete sich zu diesem Zweck an die Seehandlung; derartige vorübergehende Kredite liegen aber in ganz anomalen Verhältnissen und als einziges richtiges Auskunftsmitteil empfiehlt sich für solche Zwecke die Ausgabe von Schachetauen. Herr v. Rother begründete die Fortexistenz der Seehandlung vor dem vereinigten Landtag ausdrücklich damit, daß sie die uns damals noch fehlende Einrichtung der Schachetauen ersezten sollte; es fällt also jetzt jeder Grund für das Weiterbestehen fort. Die weiteren Dienste, die die Seehandlung dem Staat leisten soll, bestehen in der Unterbringung von Effekten — ein Bedürfnis das jetzt schon fast vollständig durch die Bank befriedigt wird — und in der Unterbringung von Anleihen. Was die letztere betrifft, so mag früher das Bedürfnis eines besonderen Instituts vorhanden gewesen sein zu einer Zeit, wo das Haus Rothschild den ganzen Geldmarkt in einer Weise beherrschte, daß die Stammutter des Hauses erklären konnte: „Es gibt keinen Krieg, mein Sohn giebt kein Geld dazu her.“ Heute ist die Konkurrenz bereits groß genug, um allen Anforderungen zu entsprechen; ich erinnere Sie nur an den Umfang, den allein die Berliner Börse gewonnen hat. Wenn der Staat eine Anleihe macht, wendet er sich an ein Konsortium von Bankhäusern, dadurch, daß sich die Seehandlung in diesem Konsortium befindet, kann der Staat seine Obligationen vielleicht 1—2 Prozent höher verkaufen. Ist dies Moment aber genügend, um die Fortexistenz eines volkswirtschaftlich und politisch verderblichen Instituts zu rechtfertigen? Und wie steht es mit den Resultaten der Geschäftsführung? Der Abg. Jacobi hat der Verwaltung ein etwas zu starkes Lob gespendet. Unter den letzten 14 Jahren, während deren das Institut unter dem gegenwärtigen Finanzminister stand, befinden sich 7 fette und 7 magere Jahre. In den letzteren hat die Seehandlung mit einem Verlust gearbeitet, dessen Ausgleich durch die Gewinnüberschüsse der andern 7 Jahre mir trotz der vorliegenden Berechnungen sehr fraglich erscheint. Ich werde zu diesen Zwecken an der wirklichen Höhe des berechneten Gewinns veranlaßt durch die Art einiger Geschäfte, die den Gewinn sehr bedeutend erscheinen lassen, eine wirkliche Vermehrung des Staatsvermögens aber nicht herbeigeführt haben. Als durch das Gesetz über die Veränderung der Kautionsleistungen bestimmt wurde, daß die Kautionsen statt in Baar in Effekten geleistet würden, entstand eine sehr große Nachfrage nach Staatspapieren, namentlich von kleinerem Betrage, deren Kurs in Folge dessen bedeutend stieg. Die Seehandlung wendete sich damals an die Staatschuldenverwaltung, tauschte eine Million von großen Points in kleinere um und schrieb für die Kursdifferenz als Gewinn der Gute, während dieselbe andererseits für den Staat als Verlust gebucht werden mußte. Im Allgemeinen beträgt der Gewinn des Instituts höchstens 6 bis 6½ Prozent. Beträgt man die letzte Ueberzahl, so findet sich als Gewinn die Summe von 574.000 Thalern; davon sind zunächst 40.000 Thaler auf das Reservekonto abzuschreiben; von den übrig bleibenden 534.000 Thalern fallen auf das Bankgeschäft, das 10 Millionen Kapital beschäftigt, nur 149.000 Thlr. d. h. 2½ Prozent. — Man beruft sich auf die preußischen Traditionen, aber dann kann man auch Bankrott machen eine preußische Tradition nennen. Biermal ist die Seehandlung bereits zahlungsunfähig gewesen: zuerst 1786, wo der damalige Chef, in der stillen Hoffnung, König von Polen zu werden, das Geld des Instituts zum Ankauf von polnischen Besitzungen verwendete; er wanderte dafür ins Buchthal, aus dem ihn erst die Begnadigung des folgenden Königs befreite. Die weiteren Zahlungsunfähigkeiten erfolgten 1806, 1843 und 1848, und wenn der Staat nicht mit seinen Mitteln eingegriffen hätte, wäre es zum offenen Konkurs gekommen. Die Seehandlung, deren Chef früher direkt unter dem Könige stand, rief sich gegenwärtig vom Finanzminister und hat dadurch die damit verbundenen Gefahren wesentlich erhöht. Der bereits zitierte Minister v. Rother erklärte dem vereinigten Landtag, daß die Ordnung der Finanzverhältnisse, die Gefahr der Kontrahierung unfundirter Staatschulden es gerade verbiete, das Institut unter den Finanzminister zu stellen, u. zu dieser Gefahr für die Finanzverhältnisse kommt heute noch die größere für das Finanzrecht dieses Hauses. Unter der uns vorgelegten Ueberzahl finden sich allerlei mögliche Posten; so unter dem Titel: Ausländische Kreditoren: 12 Millionen. Auf meine Anfrage habe ich erfahren, daß hieron etwa 11 Millionen in Effekten dem Institut theils zum kommissionellen Verkauf theils als Unterlage für Lombard-Darlehen übergeben werden sind. Neben die lezte Million konnte ich trotz aller Anfragen keine Auskunft erlangen, und wenn auch in diesem Jahre die Differenz von einer Million nicht bedeutend erscheint, so betrug dieselbe doch im Jahre 1866 die Summe von 6½ Millionen. — Die Seehandlung hat ferner durch Gewährung von Geldmitteln den Absolutismus nach innen wie nach Außen gefügt; sie verhinderte es, daß schon 20 Jahre früher zur Bewilligung von Anleihen die Reichstände berufen wurden, sie war es, die dem Kurfürsten von Hessen, als ihm in Folge der Steuerverweigerung das Geld in den Kassen ausging, auf Friedrich-Wilhelms-Nordbahnhalt Darlehen gewährte; sie ermöglichte 1862 die Konvertierung der Staatsanleihe und die Durchführung anderer finanzieller Operationen ohne die Mitwirkung der Landesvertretung. Wenn Sie jetzt dem landwirtschaftlichen Minister den Meliorationsfonds oder die Mittel für die Meliorations-Gesellschaft der Böker-Halde streichen, so findet er in der Seehandlung das Institut, das ihm ohne Bedenken den erforderlichen Vorschub gewährt. Es sind also ebenso politische wie finanzielle Gründe, die Sie zur Aufhebung desselben bewegen müssen. Die vom Finanzminister bemängelten Worte „zunächst“ und „später“ machen meinen politischen Freunden den Antrag überhaupt erst annehmbar; in ihnen liegt einerseits das Zugeständnis, daß weitere Reduktionen vorgenommen werden können, daß es sich also nicht um eine Analogie mit dem Kompromiß bezüglich des Staatschafes handelt, andererseits ist darin ausgesprochen, daß wir uns vorbehalten, auch schon früher, z. B. bei Gelegenheit der Debatte über die Deckung der Schatz- und Darlehensklassenscheine auf den Gegenstand zurückzukommen. Wenn der Erfolg aus dem Verkauf der gewerblichen Etablissements nicht in die Staatskasse fließt, so kann er nur dazu dienen, das Bankgeschäft der Seehandlung, wie es schon seit einer Reihe von Jahren geschiehen, noch mehr zu erweitern. Erwagt man, daß sich daffelbe vorzugsweise mit der Aufgabe beschäftigt hat, den Eisenbahngesellschaften die Unterbringung von Prioritätsanleihen zu erleichtern, daß es sogar bei der 100 Millionen Prämienanleihe für Eisenbahnbzwecke engagiert war, so muß man sich doch billig fragen, welche Veranlassung der Staat hat, durch seine Mittel die Dividenden der Eisenbahngesellschaften zu erhöhen. Das Kapital wendet sich schon von selbst den industriellen Unternehmungen zu, so daß es viel eher zu billigen wäre, daß der Staat, wenn er sich überhaupt in die Kreditverhältnisse mischen will, ein Institut zur Bewertung des Realkredits ins Leben riefe. (Ruf rechts: Sehr richtig.) Vor drei Jahren erklärte der jetzige Geh. Regierungsrath, damals Abg. Michaelis, daß Seehandlungsinstitut sei nichts als eine Ironie auf das Steuerbewilligungsrecht dieses Hauses, ich sage hinzu: und eine Sparbüchse für Staats-

Ich war zu jener Zeit noch nicht im Staatsdienste, habe aber recherchiert lassen und von einem solchen Darlehen nichts ermitteln können. Darlehen werden überhaupt ohne vorgängige politische und konfessionelle Untersuchungen den Betreffenden gegeben. In unserer Antwort auf seine Anfrage wegen der Deposten haben wir nur die Gründe angegeben, wie d. selben in unsern Besitz gekommen sind. Wenn er daraus folgt, die gesamme Summe der Deposten seien Unterpänder für Lombarddarlehen, und wenn er daraus den Umfang des Lombardgeschäfts der Seehandlung deduzirt, so sind das ganz willkürliche Deduktionen und ebenso falsch wie seine Schlusfolgerung.

Der Antrag des Kommissärs wird mit 175 gegen 143 Stimmen angenommen. Es folgt die Diskussion über den Richterschen Antrag.

Abg. Richter: Wenn ich unrichtige Angaben gemacht habe, so hat dies nur an der Unvollständigkeit und Unclarheit des uns zu Gebote stehenden Materials gelegen. Meine Angaben sind sämlich aus den Akten dieses Hauses genommen. Berichtigt hat mich der Regierungskommissär in seinem Punkte. Er bestreitet das Geschäft mit dem Umlauf von Staatschuldenscheinen. Dasselbe ist 1862 unter Hrn. v. d. Heydt gemacht, und in seinem Antrage an die Seehandlung beruft sich das Finanzministerium auf die Präzedenzfälle von 1846 und 1848. Das Ergebnis des Darlehns an den Kurfürsten von Hessen bestätigt der Bericht der Budgetkommission von 1861. Mein Antrag hat den Zweck, dem Hause Kenntnis von den Geschäftsschuldscheinen zu verschaffen. Der Mantel, in den sich das Institut in dieser Beziehung hält, hat keinen vernünftigen, sondern höchstens einen historischen Grund. In den vierziger Jahren befand er sich in einem Zustand, daß Mittheilungen über seinen Geschäftsbetrieb den Konkurs herbeigeführt hätten. (Hört! links.) Deshalb verzögerte der vereinigte Landtag auf einen Bericht und die Landratshäkammer desgleichen. Er 1862 forderte der Abg. Zweifel die Veröffentlichung der Bilanz und 1864 wurde uns für 1862 der erste Bericht erstattet in der Form, wie er uns für 1868 vorliegt. Ich würde nun über etwa folgende Punkte Auskunft verlangen: über den gesamten Kassenumfang, das Effektenkonto, und zwar, wieviel Effekten veräußert und wieviel neu angelauft sind, über den Giroverkehr, wieviel neue Obligationen ausgestellt und wieviel alte eingezogen sind, bezüglich des Wechsel-Kontos, wieviel inländische und ausländische Wechsel und mit welcher durchschnittlichen Verfallzeit sie diskontiert sind. Über alles dieses gibt uns die Bank ihrerseits Auskunft. In dem uns erstatteten Bericht fehlt jede Mittheilung über den Lombardverkehr, worauf es mir hauptsächlich ankommt; auch müssen wir über den hypothekarischen Kredit der Seehandlung aufgeklärt werden, wie die Übertragung mit der Eiferdorfer Spinnerei bewältigt. Der Meliorationsfonds der Domänenverwaltung wurde im v. J. verkürzt, weil sich die Seehandlung zu einem Darlehen erbot; im Etat stehen auch die Zinsen dieses Darlehens angegeben, der Bericht der Seehandlung schwigt darüber. Schon vor 2 Jahren wurde unsererseits der Wunsch nach einem ausführlichen Bericht ausgeprochen; hr. v. d. Heydt versprach die Erfüllung. Hierauf mich stützend habe ich einen bestimmten Antrag formuliert, damit die Erfüllung dieses Wunsches nicht wieder vergessen wird. Als Muster für die von mir gewünschte Ausführlichkeit empfiehlt ich den Bericht der nassauischen Landesbank. Einen solchen Bericht müßten auch Sie (rechts) wünschen, denn er ermöglicht Ihnen, daß Sie Ihre Gründe für das Fortbestehen der Seehandlung mit Zahlen unterstützen können.

Reg.-Kommissär Scheller wiederholt nochmals, daß die Seehandlung das Geschäft mit den Staatschuldenscheinen nicht gemacht habe. — Der Finanzminister: hätte uns eine solche Präzisierung der Punkte, über die Aufklärung gewünscht wird, vor der Erstattung unseres Berichtes vorlegen, so würden wir manche Bünsche in demselben haben erfüllen können. In Zukunft werden die Berichte der Seehandlung nach der angedeuteten Richtung hin mit größerer Ausführlichkeit als bisher erfolgen. Bei den Wünschen, die bisher hier und da fundgegeben wurden, waren wir oft in der mißlichen Lage, daß das, was in dem einen Jahre gewünscht war, in dem andern als etwas ziemlich Gleichtägiges erschien. Wenn das Haus heute die neuesten Wünsche zu den sehnigen macht, so werden wir diese thunlichst zu erfüllen suchen.

Der Antrag Richter wird angenommen und hierauf der Etat der Verwaltungskosten der Seehandlung im Betrage von 50.726 Thlr. ohne Debatte genehmigt.

Zum Etat der indirekten Steuern liegt nur der Antrag v. Unruh vor: Die Einnahme aus den Elbzollern ist, beginnend mit dem Staatshaushalts-Etat für das Jahr 1871, nicht mehr auf den preußischen Staatshaushalts-Etat zu bringen.

Nachdem der Reg.-Kom. Geim kurz die Etatspositionen erläutert hat, begründet Abg. v. Unruh seinen Antrag. Der Eifer-Preußen für die Befreiung der Elbzölle habe seit der Besiegereignung Lauenburgs nachgelassen und zwar deshalb, wie das beteiligte Publikum weiß, weil man in den Elbzöllen eine Entschädigung für den Ausfall in den Einnahmen sehe, der sich anstatt des gehofften Überschusses durch die Besiegereignung dieses Landes ergeben habe. Die Ergebung des Elbzölles sei nach der Bundesverfassung unzulässig. Besitzte Preußen auf denselben, so würden die übrigen beteiligten Staaten bald seinem Beispiel folgen.

Reg.-Kom. Burghart: Preußen würde seine vertragsmäßige Pflicht verlegen, wolle es die Elbzölle dadurch befeitigen, daß es auf seinen Anteil verzichte und sich von der Tragung der Kosten zurückziehe. Der Antrag sei deshalb in diesem Sinne unannehmbar.

Abg. Faucher: Diese vertragsmäßige Pflicht sei durch Art. 54 der Bundesverfassung aufgehoben. Von den im letzten Jahre besteuerten 8000 Fahrzeugen seien 18/8 preußische gewesen. Das Haus möge trotz den Antrag annehmen und die Haare nach etwaiger Entschädigung dem Norddeutschen Bunde überlassen. Österreich sei immer für die Befreiung dieses Zolles gewesen und die übrigen beteiligten Staaten seien sämlich durch die Bundesverfassung zu seiner Nichterhebung verpflichtet. Nachdem noch Abg. v. Spelz sich für den Antrag erklärt hat, wird derselbe angenommen und der Etat der indirekten Steuern genehmigt.

Bei dem Etat der direkten Steuern beschwert sich Abg. Warburg über den Mangel an leitenden Grundsätzen bei der Erhebung dieser Steuern in Schleswig-Holstein und beantragt, daß solche Grundsätze im Interesse der Besteuerten für welche namentlich die Einführung der Grundsteuer bei dem häufigsten Mangel an Dokumenten und dem seit Ausfertigung derselben vielfach eingetretene Bestechung der Anlaß zu Reklamationen und Refusen Schuhmann kann diesem Wunsch nicht nachkommen.

Zur Gewerbesteuer beantragen die Kommissäre des Hauses Grumbrecht und Gen.: daß 1) dem nächsten Landtage ein Gewerbesteuergebot vorliege; und 2) dabei insbesondere berücksichtigt werde: a) daß die Höhe der Gewerbesteuer mehr durch die Größe des in dem Gewerbebetriebe angelegten Kapitals, als durch die auf den Betrieb verwendete Arbeitskraft zu bestimmt wird; und b) daß die Größe der Vortheile, welche die betreffenden Gewerbebetriebe von Staatsaufständen und Einrichtungen haben, die Höhe der Steuerjäge mit bedingen muß.

Abg. Dr. Becker: Die Aufforderung, ein neues Gewerbesteuergebot vorzulegen, ist oft genug von uns erfolgt und ebenso oft haben wir Zusagen der Regierung erhalten. Wollen wir jedoch zugleich die Grundzüge für die neue Gewerbesteuer angeben, so sind wohl die Kommissärs nicht die geeigneten Personen, diese Sache vorzuberathen, sondern die Finanzkommission. Ich für mein Theil bin gerade für das direkte Gegenthell dessen, was Ab

rechtmäßigkeitsstimmung derselben hervor und fordert die Versammlung auf, sich an dem Begräbnisse des Verstorbenen zu beteiligen. Um das Andenken derselben zu ehren, erheben sich die Anwesenden.

Die Feststellung des Etats für die Kommunalverwaltung pro 1870 wird fortgezeigt. Der Etat für die Knaben-Mittelschule schließt in Einnahme und Ausgabe mit 7852 Thlr. ab, der städtische Zuschuß beträgt 3644 Thlr.; Etat der Mädchen-Mittelschule 3892 Thlr., städtischer Zuschuß 1287 Thlr.; Etat der Elementarschulen 22,450 Thlr., Zuschuß 22,122 Thlr. — Über den Etat für die Verwaltung des städtischen Marstalls referirt Hr. Andersch. Einnahme und Ausgabe schließen mit 449 Thlr. ab. Von den Herren Andersch und Löwinsohn wird der Wunsch ausgesprochen, daß die Lieferungen für den Marstall auf dem Wege der Submission auch innerhalb der Etatspositionen der Genehmigung der Versammlung unterbreitet werden mögen. Da seitens des Magistrats die Lieferungscontrakte für das nächste Jahr bereits abgeschlossen sind, so wird davon zunächst Abstand genommen; doch soll die Angelegenheit die im Prinzip von Wichtigkeit ist, ein anderes Mal zur Beratung gelangen. Dem Marstallshafter wird außer seinem Gehalte von 2400 Thlr. eine Remuneration von 30 Thlr. gewährt. — Über den Etat des Hundertsfonds referirt Hr. S. Jaffe. Der Etat schließt in Einnahme und Ausgabe mit 85 Thlr. mehr, als im Vorjahr, also mit 1437 Thlr. ab. — Über den Etat für den Theaterfonds referirt Hr. Nitylowski. Der Etat schließt in Einnahme und Ausgabe mit 1219 Thlr. ab, 220 Thlr. mehr, als im Vorjahr; diese Mehrzahneinnahme wird durch die größere Anzahl von Vorstellungen bewirkt. Es war vorschlagend worden, einen Theil der Einnahmen, etwa 400 Thlr., alljährlich zur Bildung eines Reservefonds zurückzulegen. Doch wird davon Abstand genommen und soll der ganze Betrag von 800 Thlr. zur Instandsetzung der Dekorationen und Requisiten und zur baulichen Unterhaltung des Hauses verwendet werden. — Über den Etat für die Sparkasse referiert Hr. B. H. Asch. Einnahme und Ausgabe betragen 17,032 Thlr. Dem Kontrolleur Hrn. S. wird eine Gehaltszuflage von 25 Thlr. gewährt. — Über den Etat für die Pfandleihkasse referiert Hr. S. Bräse. Einnahme und Ausgabe schließen mit 3008 Thlr. ab. In Anbetracht der Geschäftsabnahme der Pfandleihanstalt, erzeugt durch die Rychnowskische Pfandleihanstalt, wird dem Verwalter der Anstalt nur eine Gratifikation von 50 Thlr., dem Aufseher eine Gehaltszuflage von 25 Thlr. gewährt; dagegen wird die vom Magistrat beantragte Gehaltszuflage des Kontrolleurs im Betrage von 25 Thlr. nicht bewilligt. Der Taxator erhält 200 Thlr. (statt bisher 300 Thlr.) — Über den Etat des Waisenhauses referiert Hr. Janowicz. Einnahme und Ausgabe betragen 1720 Thlr., davon der städtische Zuschuß 1260 Thlr. Zur Mundversiegung für 27 Knaben und zur Festtagsbefreiung waren 1000 Thlr. (statt bisher 900 Thlr.) beantragt. Doch wird in Anbetracht der im Allgemeinen gegen das Vorjahr gefallenen Lebensmittelpreise der bisherige Satz festgehalten. — Der Etat für den Rumftschen Suppenfond, über welchen Hr. Janowicz referirt, schließt in Einnahme und Ausgabe mit 715 Thlr. ab. — Über den Etat für die Haupt-Armenvorwaltung referiert Hr. B. Jaffe. Einnahme und Ausgabe betragen 25,828 Thlr. (gegen 24,568 Thlr. im Vorjahr), davon der städtische Zuschuß 19,509 Thlr. Unter Titel IV. sollen an die mit der Verhüllung fortlaufenden Unterstüppungen an Hausräume beauftragten Bezirksvorsteher nur 13,200 Thlr. (statt bisher 13,700 Thlr.) verausgabt werden; ebenso zu extraordinaire Unterstüppungen auf spezielle Anweisungen 655 Thlr. (statt bisher 710 Thlr.); dagegen werden zur Bekleidung für Hausräume und verwäiste Kinder (Tit. V.) 1800 Thlr. (statt bisher 1541 Thlr.) ausgelegt. — Der Etat für das städtische Krankenhaus, über welchen gleichfalls Hr. B. Jaffe referirt, schließt in Einnahme und Ausgabe mit 17,606 Thlr. ab; davon beträgt der städtische Zuschuß 13,070 Thlr. Das Gehalt des Inspektors T. wird von 550 auf 650 Thlr. erhöht. Unter Tit. IV. werden zu Verpflegungskosten 8729 Thlr. (statt bisher 8306 Thlr.) ausgelegt. Für Feuerungsmaterial werden 735 Thlr. bewilligt. Der gesamte Etat wird genehmigt, vorbehaltlich der Zustimmung der Versammlung zu den Lieferungen an Konsumtibilitäten für die städtischen Anstalten. — Der Etat für das städtische Hospital schließt nach Mittheilung des Referenten, Hrn. B. Jaffe, mit 4305 Thlr. ab, davon der städtische Zuschuß 4233 Thlr. Für Befreiung sind 2650 Thlr. (statt bisher 2857 Thlr.), im Ganzen für Tit. IV. (zur Unterhaltung der Hospitalanstalt) 450 Thlr. weniger ausgelegt. — Über den Räumerverträge fasse referit Hr. Bielefeld. Unter den Einnahmen ergeben unter Tit. IV. die im Waagegebäude befindlichen Räden 43 Thlr. mehr Miete; für die Schulhäuser sind an Miete statt bisher 6400 Thlr. 10,831 Thlr. angelegt (3000 Thlr. für die Realschule); die Vermietung des Kahnüberfahrtberechts nach dem Städtehause ergißt 108 Thlr. (statt bisher 80 Thlr.); für die Brodderkauftstellen kommen 15 Thlr. weniger, für die Fleischverkaufsstellen dagegen 72 Thlr. mehr ein; da die Buden vor dem Rathause Anfang nächsten Jahres abgebrochen werden, so kommen die durch Vermietung derselben gelösten 100 Thlr. jährlich in Wegfall. Unter Tit. V. wird das Standgeld von fremden Fleischern auf der Freischlacht, welches bisher 49 Thlr. einbrachte, durch Beschluss der Versammlung auf Antrag des Magistrats aufgehoben, da nach der neuen Gewerbeordnung die Erhebung eines solchen Standgeldes nicht mehr stattfaßt ist. — Der Etat für den Gas- und Wasserwerke, welcher bisher mit Ende Juni jeden Jahres abschloß, soll vom nächsten Jahre ab mit Ende Dezember, sowie alle übrigen Etats abgleichen. Unter Tit. VI. soll der Reduktionsfonds von nun ab Abhängigfonds genannt werden. Unter Tit. IX. (städtische Abgaben) ist der 50prozentige Kommunalzuschuß zur Mahl- und Schlachtfeste für das nächste Jahr nur mit 39,000 Thlr. (statt bisher 44,207 Thlr.), ein Drittel des Robertages aus der Mahlsteuer mit 13,180 Thlr. (statt bisher 16,143 Thlr.) und der Differenzantheil aus der Berechnung der Mahl- und Schlachtfeste nach dem neuen Gewichte mit 1200 Thlr. angelegt. Dagegen beantragt der Magistrat die Erhöhung der Einkommensteuer von 62,000 auf 72,000 Thlr. — Unter den Ausgaben werden 180 Thlr. für mehrere der niederen Subalternbeamten ausgelegt. Unter Tit. IX. ist der Beitrag zur Unterhaltung des Korrektionshauses in Kosten, der Irenheilanstalt in Owińsk u. s. w. von 1813 auf 2327 Thlr. erhöht, dagegen der Beitrag zum Provinzial-Straßenbaufonds von 11,321 auf 10,570 Thlr. erniedrigt worden. Im Betreff der Feuer-Sozietäts-Beiträge unter demselben Titel, welche bedeutend gestiegen sind, spricht die Versammlung nochmals den bereits früher geäußerten Wunsch aus, daß die Stadt mit den Kommunalgebäuden aus der Provinzial-Feuerwehr auscheiden möge. Es werden die Herren Bielefeld, Garfey, Löwinsohn gewählt, um über diese Angelegenheit mit dem Magistrat in einer gemischten Kommission zu berathen. Unter Tit. XI. sind die Kosten für Unterbringung passanter höherer Offiziere statt mit 1000 Thlr. nur mit 600 Thlr. berechnet. Unter Tit. XII. (zu polizeilichen Zwecken) ist die Feuerwachtwache mit 100 Thlr. angelegt; die Kosten für die Nachtwächter haben sich um 360 Thlr. erhöht. Unter Tit. XV. werden zu Bauten und Reparaturen der städtischen Gebäude 4000 Thlr. statt der bisherigen 3000 Thlr. und zur Unterhaltung des Straßenpflasters 3606 statt bisher 3400 Thlr. ausgelegt; die Kosten für die Herstellung von zwei Kanälen (am Neuen Markt und bei der Bernhardinerkirche) betragen 2150 Thlr.; dieser letztere Betrag wird auf das Extraordinarium gestellt.

Da die Zeit bereits stark vorgeschritten ist, so wird beschlossen, über die Erhöhung der Einkommensteuer, sowie über Tit. I. der Ausgaben (an Beiproduktionen und Encoulmenten für die Beamten des Magistrats) in einer späteren Sitzung zu berathen. — Betr. den 4. Gegenstand der Tagesordnung: Lieferung der Konsumtibilitäten für die städtischen Anstalten beantragt der Referent der Finanzkommission, Hr. Löwinsohn, daß behufs Genehmigung des Entschlages seitens der Versammlung die Zusammenstellung besser geordnet und zur Vergleichung auch die vorjährigen Preise der Konsumtibilitäten daneingestellt werden möchten, um der Finanzkommission die Übersicht zu erleichtern. Die Versammlung schließt sich diesem Antrage an. — Die Sitzung hatte von 3½ bis 7 Uhr gedauert.

Auf Anregung des Rittergutsbesitzers Herrn Hundt v. Hafften war unter dem 27. Nov. eine von mehr als 70 Rittergutsbesitzern und Landwirthen unserer Provinz unterschriebene Petition an den Hrn. Oberpräsidenten Grafen Königsmarck gerichtet worden, dahin gehend, daß bei Aufführung der Geschworenenlisten darauf Rücksicht genommen werde, die Landwirthe nicht in der Zeit der Ackerbestellung, also in den Monaten April, Mai und September, einzuberufen. Die Petition machte darauf aufmerksam, daß im Vergleich mit anderen Berufstätigkeiten das Amt der Geschworenen fast ausschließ-

lich auf den Schultern der Besitzenden ruhe, welcher Umstand mit Rücksicht darauf, daß die Landwirtschaft die materielle Hauptkraft der Provinz Posen, die Interessen der letzteren wesentlich schädige. Diese Petition hat nun unter dem 29. Nov. eine eingehende Antwort erfahren, deren Hauptinhalt uns, wie folgt, mitgetheilt wird:

Der Herr Oberpräsident spricht zwar seine Bereitwilligkeit aus, die Präsidenten der l. Regierungen zu Posen und Bromberg zu ersuchen, für Schwurgerichtssitzungen, welche auf die Monate April, Mai und September fallen, unter den 45 auszuwählenden Personen möglichst wenige Landwirthe zu bezeichnen, jedoch zweifelt zugleich, daß diese Maßregel im Ganzen dem so weitläufig angelegten Appell zur Bildung des Schwurgerichts gegenüber, der immer die einzige Anzahl der wirklich fungirenden Geschworenen zur Disposition des Vorsitzenden stellt, eine ausreichende Erleichterung gewähren könnte. Vielmehr müßte der Herr Minister der landwirthschaftlichen Angelegenheiten bewogen werden, bei dem Justiz-Minister eine Anweisung an die Vorsitzenden der Schwurgerichte zu beschriften, daß bei der Auswahl von den 32. Gefürworteten, welche in den gedachten drei Monaten einzuberufen sind, vorzugsweise Nichtlandwirthe ins Auge gefaßt werden, eventl. auch, daß die Anberaumung von Schwurgerichtssitzungen in den gedachten 3 Monaten möglichst vermieden werde. Das Antwortschreiben verkennt nicht, welche Bedeutung gerade die Erledigung dieser Frage, die Reduzierung des Personenstandes bei Bildung der Schwurgerichte für die Provinz Posen habe, weil in der That die Zahl der Nichtlandwirthe, welche zu Geschworenen gesetzlich qualificirt sind, fast in allen Kreisen eine verhältnismäßig geringe sei, während die legislative Befreiung aller Landwirthe von den Schwurgerichtssitzungen in jenen Monaten wohl den erheblichsten Bedenken unterliegen möchte. In Rücksicht auf die beabsichtigte Reform des Strafrechts und des strafrechtlichen Verfahrens für das Norddeutsche Bundesgebiet, spricht das Schreiben endlich seinen Zweck darüber aus, daß die angeregte Materie vereinzelt von der l. Staatsregierung in Behandlung genommen werden würde.

Die Reform der Schwurgerichte ist besonders für unsere Provinz ein Gegenstand, welcher großes Interesse verdient und wir werden bei gegebener Gelegenheit auf diesen Gegenstand zurückkommen.

OO Die Zusammenstellung einer allg. deutschen Pharmacopoeia wird ehrig vorbereitet; schon vor mehreren Wochen sind die Kreisphysiker aufgefordert worden, gutachterliche Berichte im Bezug auf dieselbe eingzusenden. Das Werk, um das es sich hier handelt, ist gewiß ein sehr bedeutsames, doch äußert sich diese Bedeutung vorwiegend für die dabei zunächst beteiligten Interessen: die Apotheker und Aerzte. Für uns Polen hat es ein lediglich theoretisches Interesse. Von unserem Laien-Standpunkte wollen wir bei dieser Gelegenheit einen Wunsch zur Sprache bringen, den die neue Pharmacopoeia so wenig befriedigt, als es die Verhandlungen über das neue Gewerbegegesetz gethan haben. Es ist dies der Wunsch nach einer Vermehrung der Apotheken. Wir verlangen einzuweilen nicht mehr, denn der Entschluß einer vollständigen Erweiterung des Apothekergewerbes scheint bei uns erst nach Jahrzehnten reifen zu sollen, so gewichtige sachliche Gründe auch dafür zu sprechen scheinen. Die Konkurrenz durch Vermehrung der Apotheken kommt hierin ganz ausschließlich dem Publikum der größeren Städte zu Gute, während die kleineren Dörfer und das platt Land dem Monopol des einzigen Apothekers, der einen Bezirk von 3 oder 4 Meilen beherrscht, bedingungslos preisgegeben sind. Wie groß die Uebelstände eines solchen Zustandes sind, dürft' doch auch den beteiligten Oberbehörden saftsam bekannt sein. Der Zwang, die erforderlichen Medikamente vorzukommen, falls 3 Meilen weit holen zu müssen, bedeutet unter Umständen so viel wie ein Todesurtheil. Es widerstrebt uns die Annahme, daß eine solche Einrichtung lediglich zum Besten der Apotheker konzipiert werde, um sie in ihrem thauer erworbene Besitz zu schützen. So edel diese Rücksicht wäre, würde sie doch andere, wichtige Interessen des Gemeinwohls zu sehr schädigen, als daß man ihr eine Berechtigung einräumen könnte. Vielleicht führt man, daß der Vermehrung der Apotheken, besonders in den ganz kleinen Dörfern nicht das nötige Kapital und die genügende Anzahl von Unternehmern zur Verfügung sein werde. Gerade dieser Befürchtung glauben wir aber entschieden alles Recht befreien zu müssen. Sie würde sich von selbst erledigen, wenn die Regierung sich entschließen könnte, auch die Einrichtung kleiner Apotheken zu gestatten, deren Vorläufe nur das unbedingt Nothwendige zu umfassen brauchten. Solche Apotheken 2. Klasse wären billiger herzustellen und gerade dieser Vorzug der Billigkeit würde ihnen andererseits eine hinlängliche Zahl geprägte Pharmazeuten zuführen. Sie würden im Uebrigen derselben staatlichen Kontrolle unterliegen, wie die größeren Apotheken, d. h. die sogenannten außerordentlichen Apotheken würden ihnen so wenig Kummer machen, wie den größeren. Unter allen Umständen würde dadurch eine erhebliche Erleichterung für größere Kreise des Publikums herbeigeführt werden, die bei der jetzigen Einrichtung in Todesfällen auf die Mithilfe des Apothekers oft verzichten müssen.

Vielleicht wäre bei den Berechnungen des Budgets oder der Kreisordnung noch Gelegenheit, diese wichtige Sache zur Sprache zu bringen. Denfalls sollten aber die höheren Medizinalbehörden sich eingehend mit ihr beschäftigen und sich nicht allein berufen fühlen, das Monopol der Apotheker, sondern in erster Linie das Interesse der Patienten zu vertreten. Als dann aber würden die Herren Kreisphysiker in der Lage sein, neben den Vorschlägen für die allgemeine deutsche Pharmacopoeia auch noch den Entwurf zu einer kleinen Pharmacopoeia auszuarbeiten, die zunächst für die oben besprochenen kleinen Apotheken in Anwendung kame.

— Schulchronik. Angekündigt im Reg.-Bezirk Posen sind Lehrer Anders zu Koźmin-Deutsch-Pauland, Kr. Koźmin, als 5. Lehrer a. d. ev. Schule zu Świdnig und Küsten an der dort. ev. Kirche vom 1. März 1870 ab definitiv. Bajoniss zu Kasztom, Kr. Adelnau, als 2. Lehrer a. d. dort. kat. Schule def. Schulamt-Kand. Caisa zu Kosten als Lehrer a. d. dort. kat. Schule zu Świdnig, Kr. Kosten, vom 1. Dezbr. c. ab i. Berlin, definitiv die Lehrer: Chrish in Uchorowo, Kr. Doborn, a. d. ev. Schule dafelbst, Bichter zu Grünberg, Kr. Samter, a. d. dortigen ev. Schule, Firle zu Holländerdorf, Kr. Doborn, a. d. dortigen ev. Schule, Frix zu Ulrichen, Kr. Schildberg, a. d. dortigen ev. Schule, Gejde zu Tege, Reg. Bez. Danzig, als Vorlehrer u. Lehrer an der K. Akademie-Rettungsanstalt zu Kolitzen, Kr. Birnbaum, Heinze zu Weseritz, als 7. Lehrer a. d. dort. ev. Stadtschule vom 1. Januar 1870 ab. Klemi zu Niesien, Kr. Graustadt, a. d. dort. ev. Schule, Kloße zu Schwerin a. W. a. d. dort. ev. Schule Kunz zu Chynow, Kr. Adelnau, als 2. Lehrer a. d. dortigen katol. Schule, Mittelstadt in Heide-Dombrowe, Kr. Doborn, a. d. dortigen ev. Schule, Palacy zu Wieskow, Kr. Bleichen, a. d. neugegründeten ev. Schule zu Bestwin-Basztow, Kr. Koźmin, zum 1. Januar 1870, Palacy zu Druszczy, Kr. Buk a. d. dort. kat. Schule, Rimpeler zu Alt-Kramzig, Kr. Boms, a. d. dort. kat. Schule, Sauerbrück zu Schubin als Hulfslehrer a. d. ev. Stadtschule zu Krefeld vom 1. Januar 1870 ab, Schmidtke zu Schwarzhaul, Kr. Buk, a. d. dortigen ev. Schule, Seifert zu Kołeno, Kr. Buk, a. d. ev. Schule dafelbst. — Valant sind drei Lehrerstellen und zwar die an den ev. Schulen zu Koźmin-Deutsch-Pauland, Kr. Koźmin, zu Kurnik, Kr. Schrimm, an der kat. Schule zu Mołoch, Kr. Schrimm.

— Einjährige Freiwillige. Die Minister des Krieges und des Innern haben, wie man der "Kön. 3." schreibt, bei Erörterung eines Berichts einer Prüfungskommission für einjährige Freiwillige erklärt, wie die Annahme dieser Kommission, daß die Militärerziehung-Instruktion die Erteilung des Berechtigungscheines an solche Militärfreiwillige, welche vor vollendetem zwanzigsten Lebensjahre freiwillig in den Dienst getreten sind, nicht untersagt, ganz irrt ist. Abgesehen von anderen Gründen, welche eine derartige Auslegung der bezüglichen Bestimmungen der Militärerziehung-Instruktion unzulässig machen, gehe schon aus dem Wortlade des Schemas für den Berechtigungschein hervor, daß der letztere nur Personen, welche noch nicht in den Dienst getreten sind, ertheilt werden darf. Danach sind die Generalkommandos und Oberpräsidien mit der Veranlassung des Weiteren betraut worden.

— Der Borschkzverein hat bis Ende November dieses Jahres bereits einen Geschäftsunfang von 366,785 Thlr. gehabt. Die Einlagen der Mitglieder haben sich im Laufe dieses Jahres um 700 Thlr. vermehrt und betragen gegenwärtig 11,000 Thlr. gegen 3,600 Thlr. am Anfang dieses Jahres. Die Dividende, welche für das vorige Jahr 8½ Prozent betrug, wird sich in diesem Jahre voraussichtlich auf 10 Prozent belaufen. Der

Verein zählt gegenwärtig 335 Mitglieder. Um den kleinen Handwerkern der Eintritt zu erleichtern, ist in neuerer Zeit die Einrichtung getroffen worden, daß das Eintrittsgeld von 1 Thlr. in Raten gezahlt werden kann.

— Wohlthätigkeitskonzert. Wie alljährlich, so veranstaltet auch in diesem Jahre die Loge in ihrer Gesellschaftsräumen ein Konzert, dessen Ertrag zur Verstärkung des Fonds bestimmt ist, welcher zur Unterstüzung der Armen und zur Bekleidung von 32 Waisenkinder zu Weihnachten verwandt wird. Mit Rücksicht auf den Zweck machen wir das Publikum auf die Gelegenheit zur Verhüllung seines Wohlthätigkeitsfinanzes hiermit aufmerksam. Das Konzert findet am Sonnabend den 11. d. M. 7 Uhr statt, das Programm desselben verspricht einen genügsamen Abend.

— Der Gefangene warter Marchallack, welcher im Kreisgerichtsgefängniß zu Grätz fungirte, war der vorzüglichsten Mißhandlung von Gefangenen in amlicher Eigenschaft angelagert und sowohl vom Kreisgericht zu Grätz als auch vom Appellationsgericht zu Posen auf Grund des § 316 d. Strafzb. unter Annahme mildernder Umstände zu 14 Tagen Gefängniß verurtheilt worden. Die von ihm verübten strafrechtlich gerügt Verstöße waren folgende:

Eines Tages im August des v. J. war der Gefangene Miete mit mehreren anderen Gefangenen nach der Küche gegangen, um sich dort sein Essen zu holen, als er in Folge der etwas mangelhaften Beschaffenheit der Essempfängerung nehmen zu müssen glaubte, diese Mängel zur Kenntnis des Marchallack zu bringen. Letzterer erklärte ihm jedoch, daß, wenn ihm die Schädel nicht gut genug seien, er gar nichts zu essen bekommen werde, worauf M. erwiderte, Herr, was denken Sie sich, ich habe mehr Schulkenntnisse genossen wie Sie, Sie haben mir gar nichts zu sagen." Mit diesen Worten stieß er seinen Knorpel weit von sich fort, erhielt jedoch von dem Gefangenvärter, welcher sich durch die gegen ihn gebrauchten Worte in seiner Autorität verletzt erachtete, eine schallende Ohrfeige, die dem M. zur Ausübung des Retentionsrechts Veranlassung gab, denn mit der selten Lähmung anderer Gefangenen nach der Küche verließ er sofort seinem Gegner einen sanften Schlag auf den Rücken. Fernerhin wurde Marchallack beschuldigt, zu wiederholten Maleen die Gefangenen, sobald sich in irgend einer Beziehung rezipiert zeigten, mit dem Schlägelbunde geschlagen zu haben, und schließlich war er sogar noch einer Mißhandlung mittels einer Feuerstange angeklagt worden, welche darin bestand, daß er aus einem oberen Stockwerke des Gefangenengehauses auf die auf dem Hofe prominenten Inhaftzellen einen Wasserstrahl schleuderte. In letzterem Umstande glaubten die Inhaftangestellten jedoch nicht die Begriffsmerkmale einer Mißhandlung erblicken zu müssen, da nicht festgestellt sei, daß die vom Wasser getroffenen Büchtinge dadurch Schmerzen und Unbehagen empfunden hätten und ein Wasserstrahl in Umständen sogar als wohlthätig gelten könne. Auch hatte sich M. dadurch zu exultieren gewußt, daß er nachwies, er habe die qu. Sprüche nach einer mit ihr vorgenommenen Reparatur nur probirt. Dagegen wurden die beiden andern Beleidungsgegenstände als haßhaft erwiesen angenommen. In der gegen die Appellationssentenz eingelegten Wohlthätigkeitsbeschwerde suchte Impetrant auszuführen, daß die gegen ihn aufgetretenen Zeugen unglaublich wördig seien, da sie meist wegen Diebstahls und Landstreichen bestraft worden, und daß einer von ihnen ihm um deshalb feindselig gesinnt sei, weil er angeblich 7 Wochen hindurch sich desselben Hemdes habt bedienen müssen, auch könnten sich derartige disziplinarische Rügen, welche er den Gefangenen erheielt, nicht als Mißhandlungen charakterisieren. Das Obertribunal erachtete jedoch diese Angriffe nicht für begründet und wies die Beschwerde zurück.

— Betreffs der Selbstverpflegung der Gefangenen hat der Minister die Auffassung einer Bezirksregierung, daß die Selbstverpflegung in der Regel nur den Gefangenen verweigert werden dürfe, welche wegen Verbrechen gegen das Eigentum bestraft, oder denen die bürgerlichen Ehrenrechte entzogen sind, durchaus nicht zutreffend ist. Denjenigen vermeindeten Gefangenen, welche nicht in einer der beiden vorerwähnten Kategorien fallen, ist keineswegs ein Recht auf Selbstverpflegung eingeräumt, sondern der Aufsichtsbehörde nur die Befugnis erteilt, denselben eventl. die Vergünstigung zu gewähren. Es bleibt hiernach das Gesuch jedes einzelnen Gefangenen auf Gestattung der Selbstverpflegung nach der besonderen Lage des Falles zu prüfen. Bei dieser Gelegenheit tritt der Minister, auf einen Einzelfall eingehend, der Ansicht eines Strafanstaltsgesetzlichen bei, wonach dem betreffenden Gefangenem, in Abhängigkeit des Umstandes, daß seine Mittel aus dem nichtswürdigen Gewebe seiner Ehefrau herührten, die Selbst

demnach von Oster nur 18 Schülerinnen zählen. Voraussichtlich wird sich die kgl. Regierung bei dieser Sachlage der Ansicht der Stadtverordneten anschließen und die Aufhebung der Mädchenklasse anordnen. Ob sie aber dessen ungeachtet nicht eine siebente Lehrkraft für die kathol. Schule für nötig erachten wird, ist abzuwarten.

Kreis Pleschen, 3. Dez. [Überglaube. Begemeinschaft. Postalisch. Entläufer. Diebstahl. Synagoge.] In Bistum eine junge Frau, die vor einiger Zeit vom Schlag getroffen war. Kaum wußt ihr Tod bekannt, so hieß es auch schon, das ist die Strafe dafür, daß sie ihren Entschluß, Nonne zu werden, aufgegeben und statt dessen sich in Hymens Fesseln begaben. — Beihilfe Regulierung des Wegregisters werden in den Ortschaften sämtliche Wege mit dem Ellenmaß gemessen. Auch sind die Ortsvorstände angewiesen von den Wegen das Wasser abzulassen und die schadhaften Stellen mit Sand auszufahren. — Bei der jetzt herrschenden schlechten Witterung und den kurzen Tagen befinden sich die Landbrieffräger in keiner angenehmen Lage. So z. B. soll in Sopotka die Post früh um 1/2 Uhr eintreffen, trifft aber oft weit später ein, so daß die Brieffräger auch später ihre Postfächer erhalten und doch sie in der kurzen Zeit ihren Bezirk durchmachen. — Gestern wurde ein Knabe unter einem Stalle lauernd aufgefunden, halb nackt und ohne jegliche Fußbekleidung. Er gab an, aus Sury-Hld. zu sein; Vater und Mutter waren ihm gestorben und er irre obdachlos umher. Endlich wurde er von einem Wirth erkannt und zu seinen Eltern nach Glogow, Krotoschiner Kreises gebracht. Wie erstaunten seine Eltern, denen er vor 9 Wochen entlaufen war, und die bis dahin von ihm nichts gehört hatten, ihn in einem solchen Zustand zurück zu erhalten. — Die Diebe scheinen es auf Gänse abgesehen zu haben; denn es ist noch nicht gar zu lange her, daß einem Wirth 13 dieser Martinsbögel gestohlen wurden und schon haben sie einen Tagelöhner in B. wieder 4 Stück geholt. — Im Jahre 1836 erworb die jüdische Gemeinde zu Rastow von dem damaligen Besitzer in Rastow ein Haus, welches sie zum Bethaus einrichtete. In diesem Jahre ist es bedeutend vergrößert und verhöht worden. Der Kauf geschah damals nur per Punktation. Erst jetzt, nach 33 Jahren, geht man damit um, den Kauf auch gerichtlich zu machen.

E. S. Nogasen, 6. Dezember. [Gedenkfeier der Schlacht bei Leuthen. Kirchen- und Hausskollekte.] Unsere Garnison, das Husarier-Bataillon des 1. Niederschlesischen Inf.-Regiments beging gestern den Jahrestag der Schlacht bei Leuthen durch eine Parade. Dasselbe erwartete auf dem R. Markte in Kolonne aufgestellt seinen Kommandeur den Herrn Major Campe, welcher nachdem er in die Mitte des Bataillons getreten, in einer gediegenen und kräftigen Ansprache die Bedeutung der Leuthener Schlacht hervorhob, dabei in der Hauptrede die Worte des großen Königs an seine Generäle vor der Schlacht zitierte: „Wir haben Säulen verloren, sagte der große König, wir müssen es wieder haben — ich werde den Feind angreifen wo und wie ich ihn sehe und stünde er auf Breslaus Pyramen oder des Septen Höhe. — Wir wollen den Feind nicht zählen, mitahlen ist nichts gemacht. Wir sind die alten Preußen — damit ist Alles gesagt!“ Und am folgenden Tage schlug der König mit 30.000 Preußen über 20.000 Dösterlicher, Bayern und Schwaben und gewann sein Schleifen wieder. Der Kommandeur erinnerte sodann an die Siege von 1866, sprach die Suvertärt aus, daß das Bataillon bei gegebener Gelegenheit den alten Preußen an Bravour gleichkönnte und schloß mit der Aufforderung zu einem Durrah auf König Wilhelm I., der in die Fußstapfen des großen Friedrich getreten, indem er die Dösterreicher bei Königgrätz besiegt und sich zum Schirmherren von Deutschland machte. In begeisteter Stimmung brachte nicht nur das Bataillon dieses Hoch, sondern auch die Mehrzahl der Bewohner Nogasens, welche sich bei dem Beste günstigen Witterung eingefunden hatten. Hierauf nahm der Kommandeur die Parade ab. Abends wurde in der Samischen Schauspieler-Gesellschaft Holter's „Venore“ aufgeführt, wo in dem festlich dekorierten Saale Militair und Civil in bunter Farbe ihre Sympathie dokumentierten. — Für den Bau einer deutschen evangelischen Kirche in Jerusalem wurde hier eine Kirchen- und Hausskollekte abgehalten, die — Dank sei den Bemühungen des Herrn Prediger Borod — das erfreuliche Resultat lieferete, daß ca. 20 Thlr. und zwar zu gleichen Theilen in Kirche und Haus einzutragen.

e. Schmiegel, 7. Dez. In Betreff des hier verübten Verbrechens kann ich folgende ausführliche Mittheilungen machen:

Am 14. v. M. hielt sich der jüdische 73jährige Handelsmann Feuerstein aus Schrimm hier in Schmiegel auf, um Gelder seiner Kunden (meist Gerber) einzuziehen. Die Summe belief sich auf einige Hundert Thaler. Einer seiner Kunden war nun auch der Gerbermeister Adolph, welcher mit dem Feuerstein schon seit einer langen Reihe von Jahren in geschäftlicher Verbindung stand. Feuerstein machte auch diesmal, wie schon früher, durch seine etwas übertriebene Sparsamkeit verletzt, die Werkstatt des Adolph, ein hölzerner Schuppen im Hofe, zur nächtlichen Ruhestätte. Adolph sollte ihn früh um 5 Uhr wecken, weil Feuerstein zu Hause nach der eine Stunde entfernten Stadt Altbojen gehen und von da nach Lissa zu Verwandten fahren wollte. Adolph wacht auch früh, läßt sein Opfer sich vollständig ankleiden, sperrt aber plötzlich den Ausgang aus dem Schuppen sein Opfer an der Gurte fest, das nach einem Widerstande lediglos zusammenbrach. Der Mörder bringt den Leichnam unter einem Hauptscheide, vergräbt Pelz und Geldtasche im Garten. Der Geselle, der nach 5 Uhr Morgens eintritt, wunderte sich über die Unordnung in der Werkstatt, äußerte auch sein Befremden über das heruntergefallene zerbrochene Schäbemesser und den einen zerbrochenen Fuß des Schabebodes. Der Meister giebt ihm nur kurz den Rath, die Sache wiederherzustellen. Adolph widmet sich ruhig häuslichen Geschäften, fährt dann nach denselben nach Lissa und Graudenz, um Schulden zu bezahlen und lehnt Abends heim. So viel über die That selbst. Unterdessen sind über 14 Tage verflossen, die Angehörigen des Feuerstein wundern sich, legtiger Nachricht des Baters, den sie in Lissa bei Verwandten vermuten, zu entbehren. Briefliche Mittheilungen führen endlich zum Entschluß der Söhne und Schwiegertöchter, nach Schmiegel zu fahren und der Sache nachzuforschen. Erfundungen, bei Bekümmerten eingeholt, lassen ebenso wenig wie die direkten Befreigungen mit Adolph der Vermuthung einer bösen That hier am Oste Raum. Die Unbescholtenheit des Adolph läßt keinen Argwohn aufkommen. Eine Bevorbehaltung mit dem hiesigen Bürgermeister führt jedoch dazu, die Angelegenheit dem Staatsanwalt in Kosten zu unterbreiten, der den Tag darauf am Donnerstag hier eintrifft. Auch der Staatsanwalt vermutet zunächst nur, daß der Vermuthung verunglückt sei, wozu auch die Aussage des einen Arbeiters beitragen mußte, der den Ermordeten früh weggehen gesehen haben will. Um diese Nachforschungen in der Umgegend zu leiten, wandte sich der Staatsanwalt an den gewiegenen Polizeipräsidenten Schepel nach Posen. Letzterer kommt Sonnabend am 4. früh hier an, mit dem festen Plane, die Umgegend, nicht nur nach Altbojen, sondern auch nach Lissa zu möglicht gründlich untersuchen zu lassen. Einige Umstände und Zwischenfälle führten aber unzählig und plötzlich zur Entdeckung. Adolph, indem sich das Gewissen regt, gesteht in der Nacht nach Anwesenheit des Staatsanwaltes, der in den dringenden und wohl an dem ganzen Wesen des Mannes Böses ahnenden Frau den Rath, nachdem er kurz vorher den Leichnam aus der Höhe gezogen und im Keller vergraben hat. Mr. Schepel stellt erst eine Haussuchung an und findet in der Komode eine größere Summe Geldes in einer Quittung des Feuerstein eingewickelt. Woher das viele Geld, nachdem erst eine bedeutende Zahlung geleistet? Die Frau gesteht kurz und bündig die Sache und giebt den Keller als Standort des Leichnams an. Adolph wird nun gebunden, heruntergeführt, die Aussage der Frau ihm vorgehalten, und nach kurzer trostiger Belehrung ist Ort und Stelle gefunden und das Verbrechen entdeckt. Die nächste Folge dieser Entdeckung war natürlich auch die Verhaftung der Frau und die Aussagen des Arbeiters, den Ermordeten früh nach der That gesehen zu haben, leiteten auch auf diesen Verdacht der Wissenschaft, die seine Verhaftung erforderten. Schon am Tage darauf lange jedoch die Ordre ein, die Frau der Haft wieder zu entlassen, zur großen Verhügung und Gemüthsruhe ihrer hiesigen Verwandten. Adolph selbst und der Arbeiter wurden am Sonntag nach Kosten transportirt unter dem größten Auflauf des Volkes, das sehr erbittert war. In Betreff des Arbeiters liegt vielfach die Vermuthung vor, daß man es wohl nur mit einer ungeschickt gehaltenen Feuerung zu thun hat. Was den Charakter des Mörders betrifft, so war er hier allgemein als ein stiller, thätiger Mann bekannt. Ohne jegliche Schulbildung hat er sich an dem emporkarriert, was er ist. Als Hirtenknecht sich durch seine andauernde Thätigkeit auszeichnet, nahm ihn ein Gerbermeister als Lehrling an, und derselbe andauernde Bleiz ließ ihn auch weiterhin einen für hiesige Verhältnisse ansehnlichen Erwerb durch seine Thätigkeit eringen.

Nähere Bekannte wollten allerdings reisende Söhne des Geistes an ihm entdeckt haben.

r. Wollstein, 6. Dezbr. [Aus der jüdischen Gemeinde.] Die k. Regierung zu Posen hat unter dem 26. Juli c. die hiesige jüdische Korporation denjenigen Korporationen zugedacht, welche in Folge des Gesetzes vom 24. Mai c. zur Fortsetzung von Abföllungssummen von den aus der Gemeinde wegziehenden Mitgliedern nicht mehr defugt sind, weil, wie die k. Regierung angenommen, sie keine Kapitalschulden mehr habe, die auch fernher zu einer Ablösung berechtigen könnten. Die Gemeindebehörden haben jedoch hiergegen beim Hrn. Oberpräsidenten Rekurs eingelegt, indem sie nachwiesen, daß die Gemeinde allerdings noch zu verzinsende Kapitalschulden habe, und zwar schuldet dieselbe an den hiesigen talmudischen Verein 700 Thlr. und an den jüdischen Brauenverein 175 Thlr. Außerdem hat die Gemeinde nach dem Rechte vom 5. Sept. 1850 einen jährlichen Beitrag von 61 Thlr. 7 Sgr. 41/2 Jahre hindurch (also jetzt noch 28 1/2 Jahre, eine Schuld von 1693 Thlr. repräsentirend) an die Rentenkant in Posen zu zahlen. Dieser Tage ist der Korporationsvorstand hierauf dahin beschieden worden, daß die Eigentümern der Kapitalschulden von 700 Thlr. und 175 Thlr. an die beiden hiesigen Vereine, welche der Korporation zum Synagogengebäude geliefert worden sind, vollständig erwiesen sei, und es ist daher ein Schuldentlastungsplan hinsichtlich dieserforderungen aufzustellen. Hiergegen kann die Rente von 61 Thlr. 7 Sgr., welche die hiesige Korporationskasse jährlich an die Rentenkant zu zahlen hat, nicht in den Schuldentlastungsplan aufgenommen werden, weil weder die jährliche Geldabgabe, welche zu Gunsten des Dominiums Wollstein als Reallast auf dem Grundbesitz der Korporation haftete, noch die 41/2 jährige Rente, welche die Korporation nach Maßgabe des § 22 des Gesetzes über die Errichtung der Rentenkant vom 2. März 1860 der Rentenkant zu Posen für die von derselben beschaffte Ablösung der fraglichen Reallast zu zahlen hat, als schuldiges „Capital“ nach dem Vorlaut des Gesetzes vom 24. Mai 1869 anerkannt werden darf. Die hiesige Korporation wird nun auch wohl noch mehrere Jahre hindurch von ihren abziehenden Mitgliedern eine, wenn auch nur kleine Abföllungssumme fordern können. — Wie viel die Vereinigung der Kräfte, wenn ein guter und ernster Wille sie leitet, für das Gemeinwohl zu leisten vermag, davon zeugt ein unter den hiesigen Israeliten seit einer Reihe von Jahren bestehender Verein zur Bekleidung armer Schulkinder „Gesellschaft der Freunde“ genannt. Derselbe hat seit seinem Bestehen fast 1000 Thlr. zu diesem edlen Zwecke verwendet und in diesem Jahre wiederum 12 arme Schulkinder mit Winterbekleidung versiehen. Aus dem Berichte, den der Vereinsvorsteher, Hauptlehrer Posner, in der heute zahlreich besuchten Generalversammlung den Vereinsmitgliedern erstattete, ist zu erssehen, daß der Verein außerdem in diesem Jahre gegen 20 Thlr. verschämten Armen gespendet und das Vereinsvermögen sich bereits auf gegen 150 Thlr. beläuft, die zinstragend angelegt sind. Wahrlich ein sehr erfreuliches Resultat!

Gnezen, 6. Dezbr. [Feuerwehr.] Durch eine kleine Broschüre unter dem Titel: „Grundgesetz der freiwilligen Feuerwehr zu Gnezen — Statut dobrowolnej straży ognowej w Gnieźnie“, — wird den hiesigen Stadtbewohnern mitgetheilt, daß am 2. Dez. v. J. von mehreren hiesigen Einwohnern errichtete freiwillige Feuerwehr-Körper in der Stadt Gnezen sich zu einem selbstständigen Feuerlösch- und Rettungsbvereine definitiv konstituiert hat. Dieses Feuerwehr-Institut, als dessen Begründer der Kreisärzt Paek bezeichnet werden darf, war schon längst ein fühlbares Bedürfnis für hiesigen Ort und die von dem provisorischen Vorstand entworfenen Grundgesetze, denen eine kurze Dienstinstanzierung für die Mitglieder beigelegt ist, dürfen gewiß als den Orts- und Zeitverhältnissen vollkommen entsprechend befunden werden. Nach diesen Grundgesetzen hat die freiwillige Feuerwehr unter Leitung ihres Brandmeisters bei einem ausbrechenden Feuer innerhalb der Stadt folgende Arbeiten: a) Lösch-, b) Retten, c) Einreihen und d) Bewachen übernommen. Wenn nun auch die veraltete Feuerordnung für die Stadt Gnezen aus dem Jahre 1819, nach welcher jeder Hausbesitzer bei einem Feuerabzehr persönlich auf der Brandstätte erscheinen soll, deshalb noch nicht außer Kraft getreten ist, so wird doch von ganz vielen Hausbesitzern die im § 6 der vorliegenden Grundgesetze aufgenommene Bemerkung: „daß alle diejenigen Einwohner, welche die Feuerwehr durch einen monatlichen Geldbeitrag unterstützen, von dem städtischen Feuerlöschdienste entbunden sind“, gern benutzt werden, um nicht weiter mehr gezwungen zu sein, bei jedem entstehenden Feueralarm schleunigt den Löschheimer zu ergreifen und damit wohl gar von dem einen Stadtte zu dem andern nach der Brandstätte zu eilen, wobei es nicht selten vorkommt, daß dieser weite Gang bereits ein unnötiger geworden.

Wongrowiec, 7. Dez. [Stadtverordnetenwahl. Kreistag. Neues Bahnhofprojekt.] So einmütig wie in der Sprachenfrage bezüglich des erwarteten Gymnasiums zeigen sich die hiesigen Bürger meist in Behandlung der kommunalen Interessen. Dies hat auch die am 24. Nov. d. J. abgehaltene Stadtverordneten-Ergänzungswahl gezeigt, aus welcher fast einstimmig hervorgegangen sind: 1) Mühlendorf (Pfer), 2) Kupferschmidt (Schön (Deutsche)), 3) Eigentümer Casper Rottmann (Jude), 4) Konditor Döwolstki (Pole). — Auf dem am 3. d. M. hier abgehaltenen Kreistage wurde der Kreismannschaftenrat pro 1870 festgestellt und haben einstimmig von den versammelten Kreisständen beschlossen:

Für das in Wongrowiec zu errichtende katholische Gymnasium die erste Rate von den Kreise der Staatsregierung offerten 20,000 Thlr. mit 5000 Thlr. im Jahre 1870 auf den Kreis zur baaren Einzahlung auszuzeichnen.

Von diesem Beschlusse soll das kgl. Provinzial-Schulkollegium in Posen durch den Hrn. Kreislandrat in Kenntnis gesetzt und gleichzeitig gebeten werden:

den Bau des Gymnasialgebäudes zu beschleunigen.

Von Wichtigkeit war auch noch eine auf dem Kreistage gemachte Vorlage, zur Herbeiführung einer Eisenbahn von Posen über Wongrowiec nach Nakel. Es wurde zunächst eine Kommission, bestehend aus den Herren: v. Molczewski (Wapno), v. Buchowski (Pomarzanki), Dr. Schulzynski (Sierakow), Boas (Siedlec), v. Brzestki (Taklowo) gewählt, welche zusammentraten, die zur Förderung dieser Angelegenheit dienlichen Propositionen zusammenstellten und schließlich einer künftigen Kreistagsversammlung unterbreiten soll.

Vereine und Vorträge.

Der Rettungsverein hielt Montag den 6. d. M. Abends im Sitzungssaale der Stadtverordneten unter Vorl. des Hrn. A. Krzyzanski seine alljährliche Generalversammlung ab. Nachdem derselbe die Anwesenden, unter denen sich auch der Polizeidirektor Staudy als Gast befand, begrüßt hatte, fand zunächst die Verlesung des Verwaltungsberichts über das vergangene Vereinsjahr durch den Vorsitzenden statt. Danach trugen die Einnahmen in dem verflossenen Jahre, dem 24. seit der Gründung des Vereins, 187 Thlr., davon 150 Thlr. Buschus aus der Kämmerei, 17 Thlr. Binfen von dem in der Darlehnskasse depositirten Kapital des Vereins, 20 Thlr. Beitrag von der Feuerversicherungs-Gesellschaft Thuringia; dazu der Bestand vom Vorjahr mit 235 Thlr., zusammen 472 Thlr. Die Gesamtausgabe betrug 330 Thlr., der Bestand 142 Thlr. Die Einnahmen sind durch die Hauptheute und die Druckmeister resp. Alteigaben, und die Bergungskasse durch die Hauptheute redvist worden. — Was die Thätigkeit des Vorstandes betrifft, so hielt derselbe 18 Sitzungen ab. Die Zahl der Steiger ist auf 20 vermehrt worden und sind dieselben jetzt sämmtlich mit Rettungsgurten und Helmen versehen; die Berathungen über die Uniformirung der Steiger sowohl, wie sämmtlicher Vereinsmitglieder sind noch nicht zu Ende geführt. Die durch den Vorstand beabsichtigte Errichtung der besoldeten Nachtwache ist noch nicht ins Leben getreten, da bis jetzt der Magistrat noch kein Wachlokal zu diesem Zwecke hergegeben hat, außerdem auch die dazu erforderlichen Mittel noch fehlen. Bis jetzt hat von den am hiesigen Orte vertretenen Feuerversicherungsgesellschaften in neuerer Zeit nur die Thuringia mit einem Beitrag von 20 Thlr. die Zwecke des Vereins gefördert. Die Ausmauerung des Steigerthurnes in der Böttelstraße soll nach einer Sicherung des Magistrats im nächsten Frühjahr erfolgen. Zum Zwecke möglichst baldiger Absicherung der Brandstätten sind 16 Fuß lange, mit Federhalzen und Ringen versehene Leinen hergerichtet worden, mittelst welcher durch die Mitglieder der 4. Kompanie von nun ab die Brandstätte abgesperrt werden soll. — Zum unfreiwilligen Auscheiden aus dem Verein sind wegen Nichterfüllung ihrer freiwillig übernommenen Pflichten 10 Mitglieder verbannt worden; zwei bisherige langjährige Mitglieder wurden zu Ehrenkameraden und 5 Personen zu Ehrenmitgliedern ernannt; 1 Ehrenmitglied und 7 Kameraden starben. In dem vergangenen Vereinsjahr fanden am hiesigen Orte 11 Brände statt; die Anzahl sämmtlicher Brände seit dem Bestehen des Vereins beträgt 160.

An dem Vereinstage der Feuerwehren und Rettungsvereine von Schlesien und Posen, welcher am 22. August in Ohlau stattfand, nahmen fünf Mitglieder des Posener Rettungsvereins Theil. Der nächste Vereinstag i. J. 1871 wird in unserer Stadt abgehalten werden. — Was die von dem gesammelten Vereine entwidete Thätigkeit betrifft, so hat hauptsächlich die Steigerabteilung unter Leitung des Instruktorbrandmeisters Hrn. Kloß eine rühmenswerte Thätigkeit an den Tag gelegt, indem sie während des vergangenen Sommers wöchentlich zweit Mal geführt hat. Außerdem fanden während des vergangenen Sommers sechs Übungen des gesammelten Vereins, und zwar allmonatlich einmal statt; vier Mal am Steigerthurn in der Böttelstraße, die beiden anderen Male an dem Weißgerberneubau (Ecke der Berliner- und Mühlstraße) und an dem neu errichteten Rudolph-Becker'schen Hause (Breslauerstraße). — Der Vorsteher schloß diesen Bericht mit einem Huch auf den posener und den nahe verbrüdereten breslauer Rettungsverein, auf die dem Vereine nahe stehenden städtischen und königlichen Behörden und auf sämmtliche Freunde und Gönner des Vereins.

Nachdem alsdann das Protokoll über die vorjährige Generalversammlung des Vereins verlesen worden waren, wurde zu den Wahlen geschritten. In den Vorstand wurden gewählt die bisherigen Vorstandsmitglieder, die Hrn. Krzyzanski, Krüger, Cynka, Ogorowski, Werner und M. Asch; zu Stellvertretern die Hrn. Graffstein und J. A. Sch.; zum stellvertretenden Direktor der 2 Abteilung an Stelle des vor wenigen Tagen verstorbenen Hrn. Techorowsky auf die Dauer von 5 Jahren Hrn. Bimmermann Weichert. Zu Hauptleuten der 1. Kompanie wurden die Hrn. G. Schneider und Spiller, der 2. Kompanie Czarnecki und Schulz, der 3. Comp. W. Schneider und Krystiewicz, der 4. Comp. Miehle und Gräter, zu Hauptleuten der 2. Abteilung die Hrn. Bay und Rauch gewählt. — Ein Antrag des Vorstandes, eine Uniformirung der Vereinsmitglieder durchzuführen, wurde angenommen, ebenso zweit andere Anträge, in diesem Winter ein gemeinschaftliches Abendbrot zu arrangieren und das 25jährige Stiftungsfest des Vereins, welches eigentlich im nächsten Jahre stattfindet, bei Gelegenheit des Vereinstages i. J. 1871 zu feiern. Nachdem alsdann noch Hr. Polizeidirektor Staudy in einer Ansprache den Wunsch ausgedrückt hatte, daß bei den Bränden der Verein und die Polizei手 in hand gehen mögen, wurden schließlich Hochs auf den Verein, Hrn. Krzyzanski und Hrn. Staudy ausgetragen.

Staats- und Volkswirtschaft.

△ Berlin, 6. Dez. Zur Ausführung der Gewerbe-Ordnung innerhalb der hohenzollernschen Lande ist mit Bezug auf die dortige Steuer-Gesetzgebung eine besondere Verfügung des Finanzministers unter dem 29. November. —erner hat der Finanzminister unter dem 2. d. M. einen Erlass an die Provinzial-Steuerbehörden gerichtet, durch welchen eine Erleichterung in Betreff der Abtragung der Bollkredite gewährt wird. Da nämlich infolge der Einschränkung der Bollkreditfristen in den Monaten Januar, Februar und März i. J. drei Kreditraten fällig werden, wodurch für manchen Kreditnehmer Verlegenheiten entstehen, so wird jetzt nachgegeben, den Beginn der Bollkreditfrist von längsten drei Monaten nicht vom 1. Oktober d. J., sondern erst von einem späteren Zeitpunkte ab eintreten zu lassen. Es sollen demnach die gesündeten Bollkredite aus Oktober d. J. spätestens bis zum 25. April i. J. und dem entsprechend von späteren Terminten ab laufenden Beträgen gezahlt werden. Vom 1. Oktober i. J. ab soll aber die längste Frist, welche zur Verjährung gesündeter Bollgefälle bewilligt werden darf, nur drei Monate betragen. — Wenn man die Belebung an den landwirtschaftlichen Interessen in den einzelnen Landesteilen Preußens nach der Anzahl der Mitglieder abmessen will, welche dem landwirtschaftlichen Hauptvereine angehören, so ist die Provinz Hannover an die Spitze zu stellen, welche 24.291 Mitglieder zählt. Demnächst kommt die Rheinprovinz 22.795, Westfalen mit 13.791, Schlesien mit 8.544, Sachsen mit 8.019, Hessen-Nassau mit 6.168, Brandenburg mit 6.067, Schleswig-Holstein mit 4.71, Preußen mit 4.950, Pommern mit 2.195, Bremen mit 2.173, und die Hohenzollernschen Lande mit 1772 Mitgliedern. — Vergleicht man aber die Bevölkerung mit der Mitgliederzahl, so steht sich das Verhältnis anders heraus. Es kommen in den Hohenzollernschen Landen 1 Mitglied auf 40 Einw., in Hannover auf 100, in Westfalen auf 120, in der Rheinprovinz auf 145, in Schleswig-Holstein auf 200, in Hessen-Nassau auf 230, in Sachsen auf 250, in Brandenburg auf 480, in Schlesien auf 530, in Preußen auf 600, in Pommern auf 640 und in Bremen auf 700. — Nach einer Mitteilung aus Wien soll kondensierte Milch, welche aus Kühen durch Verdampfen des Wassergehaltes geronnen und mit Zucker versetzt ist, sowie des sogenannte Liebig'sche Nahrungsmittel, welches dazu bestimmt ist, in Milch aufgelöst als Nahrungsmittel für Säuglinge unter der Benennung „Liebig'sche Suppe“ zu dienen, in Zukunft bei der Einfuhr in Österreich mit 5 fl. pr. Ctn. verzollt werden.

Auf das Gesuch des Gotthardkomites um weitere 2 Mill. Subsidien bringt die Teschner Regierung dem Großen Rath den Antrag, noch Eine Million, also im Ganzen drei, zu beschließen.

Das Budget für die Schulen Newyork's beträgt laut offiziellen Berichts des Finanzkomites der Commissioners of Common Schools für das Jahr 1870 3,512,214 D., wovon jedoch nur 2,382,000 D. zur Verwendung kommen werden. Die Ausgaben der Universität (College of New-York) werden für das Jahr 1870 auf 125,000 D. geschätzt.

Nürnberg, 4. Dez. [Hoyen.] Das heutige Geschäft blieb bei nur mäßiger Erwartung für Primaqualitäten ruhig; es kam nur ein Fuhre halterauer Waare auf Lager und blieben Käufe auf einige Pöschchen gute Marktware zu 92 und 94 fl., einige Ballen 1868 zu 33 fl. beschränkt. Von Spalt wird gemeldet, daß gestern zu 125.—130 fl. und Leihlauf abgegeben wurde, während Weingarten in Anbetracht der geringen Vorräthe Angebote unter 250 fl. nicht akzeptirt.

Bermischtes.

* Humboldt-Denkmal. Das Komitee zur Errichtung eines Denkmals für Alexander v. Humboldt erläßt noch einmal einen Aufruf zur Bezeichnung von Beitragenden. Die Bezeichnungen haben bis jetzt etwa 18,500 Thlr. ergeben.

* Baron Auselm Salomon Rothschild hatte zur Gründung eines jüdischen Spitals in Wien 200,000 fl. gewidmet. Nach dem Kostenanschlag würden jedoch über 300,000 fl. erforderlich sein, um die neue Anzahl der großmütigen Widmung entsprechend herzustellen. Herr Baron Rothschild hat sich nunmehr bereit erklärt, seine Widmung um den nachgezogenen Mehrbetrag zu erhöhen.

Briefkasten.

Wir ersuchen unsere Herren Korrespondenten in der Provinz uns weder die Gerichtstage, noch Litigationstermine, noch andere von Behörden und Beamten ausgehende Bekanntmachungen mitzuteilen, denn diese werden nur gegen Bezahlung im Inseratenheile aufgenommen und sind an die Expedition einzufinden. Außerdem bitten wir wiederholts um möglichste Auswahl der Nachrichten und Kurze der Darstellung. Die gegenwärtige Zeit, da unser Raum mehr als sonst in Anspruch genommen ist, eignet sich durchaus nicht zu so langen Berichten, wie einige Herren sie einsenden.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. jur. Wasner in Posen.

Angekommene Fremde vom 9. Dezember.

HOTEL DE BERLIN. Die Fabrikanten Steinlein u. Naumann a. Berlin, Rent. Tominski a. Wisola, die Kst. Wolf u. Fr. u. Wolf jun. u. Geschw. a. Schröder, Gutsbes. Hauz u. Fr. a. Kolaika, die Rittergutsbes. Gebr. Brzeski a. Raczkow.

TILENER'S HOTEL GARNI. Böttchermeister Wilhelm a. Driesen, die Kst. Mehlrose a. Leipzig, Braun a. Rawicz, Landeker a. Berlin, Landw. Dzine a. Obersitzko.

HERWIG'S HOTEL DE ROME. D. Rittergutsbes. v. Jasinski u. Fr. a.

Inserate

für die am Sonnabend erscheinende Nummer der Zeitung bitten wir bis 9 Uhr uns gefälligst zugehen zu lassen, da nur dann die Aufnahme bestimmt stattfindet. Angenehm wäre es uns und wir bitten höflichst darum, große Anzeigen uns schon möglichst Freitag zu übergeben. Die Exped. der Posener Ztg.

Bekanntmachung.

Der Neubau 1) einer Kirche in Maniewo, Kreis Obornik, exkl. der Kosten für Tischler, Schlosser, Glaser, Maler, und Anstreicherarbeiten, sowie des Titels. Insgemein verantragt auf 4628 Thlr. 12 Sgr. 5 Pf. und 737 Thlr. 28 Sgr. 1 Pf. für mit zu übernehmende

626 $\frac{1}{4}$ Spanndienste à 1 Thlr. und

444 $\frac{1}{4}$ Handdienste à 7 $\frac{1}{2}$ Sgr.;

2) eines Brunnens bei derselben exkl. des Titels. Insgemein verantragt auf

146 Thlr. 29 Sgr.

sow. e. . . . 61 Thlr. 15 Sgr.

für mit zu übernehmende

28 $\frac{1}{4}$ Spanndienste à 1 Thlr. und

133 Handdienste à 7 $\frac{1}{2}$ Sgr.

soll in öffentlicher Auktion an den Mindestforderenden vergeben werden.

Hierzu steht ein Termin auf

Freitag den 17. Dezbr. 1869,

Vormittags 10 Uhr,

im landstädtlichen Bureau hier selbst an und

werden zu demselben Bau-Unternehmen mit dem Bemerkern eingeladen, daß die bezüglichen Kosten-Anschläge, Bezeichnungen und die Auktionsbedingungen bis dahin an bezeichnetener Stelle während der Dienststunden eingesehen werden können.

Der Termin wird um 12 Uhr Mittags geschlossen.

Der königliche Landrath.

J. B.

Possart, Kreissekretär.

Bekanntmachung.

Auf dem Bahnhofe zu Samter sollen fünf unter Nr. I bis V belegene Lagerplätze von je circa 30 fl. Ruten Größe im Wege der öffentlichen Submission zur Ab Lagerung von Steinkohlen, Holz, Kali, Siegeln oder den gleichen Rohprodukten auf unbestimmte Zeit vom 1. Januar 1. J. ab vermietet werden. Zu diesem Zwecke habe ich einen Termin auf

Freitag den 17. Dezember c.,

Vormittags 10 Uhr,

auf dem Bahnhofe zu Samter anberaumt, bis zu welchem mit Offerten nach Maßgabe der in meinem Bureau und bei dem Stations-Vorstande Samter zur Einsicht ausliegenden Vermietungsbedingungen eingereicht werden können.

Breslau, den 7. Dezember 1869.

Der königl. Ober-Güterverwalter.

Ottmann.

Auktion.

Im Auftrage des königlichen Kreisgerichts werde ich

Dienstag den 14. Dezbr. d. J.

Vormittags 11 Uhr

in Nekla-Dorf verschiedene Möbel öffenlich meistbietend gegen gleich baare Bezahlung verkaufen.

Schroda, den 7. Dezember 1869.

Der Auktionskommis. Schroeder.

Wyhalowice, Jouanne a. Malin, Dir. Herz a. Berlin, Partikular Troedel a. Bunzlau, Dr. Hahn a. Magdeburg, d. Kst. Fructert a. Greiz, Greve aus Wolfsdorf a. Bunzlau, Heimdal a. Döhlen, Haberkorn a. Paris, Gronier a. Moskau, Lickelz a. Hannover, Briese a. Eilenburg, Irmisch aus

MYLUS HOTEL DE DRESDEN. Die Rittergutsbes. Jacobi a. Trziona u. Cohn a. Balzowo, Rittergutsps. Sasse a. Neudorf, Hotelbes. Hayn a. Poln. Lissa, die Kst. Küblich a. Magdeburg, Schendel a. Tirschtiegel, Kalimus, Salamon, Lazarus, Hirschfeld, Alders, Stern, Michaelis a. Berlin, Igl. a. Ratibor, Friedemann a. Breslau, Springer a. Danzig.

SCHWARZER ADLER. Part. Butowitsch u. Bürger Laslowski u. Fr. a. Schröder, die Gutsps. Gaudynski a. Kijewo, Szulczenko a. Danaborsz, die Gutsbes. Iachimowicz a. Sobaszczenko, Golski a. Polozajewo.

STERN'S HOTEL DE L'EUROPE. Die Kst. Jastrow u. Schwester a. Hamburg, Doecke a. Breslau, Rittergutsbes. v. Drwak a. Starowice, Fr. v. Potworowska a. Chlapovo, v. Kocborowska u. Fr. a. Siedlemir.

Volksbücher. Zur Kenntnis der preußischen Geschichte und zur Förderung des patriotischen Sinnes empfehlen sich ganz besonders die Werner'schen Volksbücher. Es sind davon im Verlage der Kst. Geh. Oberhofbuchdruckerei (R. v. Deder) folgende erschienen: Friedrich Wilhelm III. 18 Sgr. geb. 25 Sgr. Friedrich der Erste, König von Preußen. 20 Sgr. Hans Joachim von Bistenz. 9 Sgr. eleg. geb. 16 Sgr. Kunersdorf am 13. August 1759. 18 Sgr. Durch gute Ausstattung und billigen Preis eignen sich dieselben hauptsächlich zu Weihnachtsgeschenken.

!!! Der alte Schimmel !!!

Dieses höchst interessante Spiel, welches soeben bei Henri Sauvage erschienen, kann allen Jugendfreunden bestens empfohlen werden. D. R.

In Posen zu haben bei Ernst Rehfeld.

(Eingesandt.)

Die vorzügliche Heilnahrung Revalescière du Barry bewährt sich in allen Krankheiten, giebt Kraft, Schlaf, Appetit und Verdauung und macht geistig und körperlich gesund und frisch; in folgenden Krankheiten ist sie mit bestem Erfolge angewandt worden: Magen-, Nerven-, Brust-, Lungen-, Leber-, Drüsens-, Schleimhaut-, Atem-, Blasen-, und Nierenleiden, Schwindfucht, Asthma, Husten, Unverdaulichkeit, Verstopfung, Diarrhoeen, Schlaflosigkeit, Schwäche, Hämorrhoiden, Wassersucht, Fieber, Schwindel, Blutauflösungen, Übelkeit und Erbrechen selbst während der Schwangerschaft, Diabetes, Melancholie, Abmagerung, Rheumatismus, Gicht, Bleichfucht. — 70,000 Gene-

sungen, die aller Medizin widerstanden, worunter ein Zeugniß Sr. Heiligkeit des Papstes, des Hofmarschalls Grafen Pluskow, der Markgräfin de Bréhan u. A. Copie dieser Certifikate wird portofrei und umsonst auf Verlangen gesandt. — Mahrbaster als Fleisch, erspart die Revalescière 50 Mal ihren Preis in anderen Mitteln, wie auch die Revalescière Chocolatee 10 Mal mehr als Fleisch und gewöhnliche Chokolade nährt; Erwachsene, wie die schwächen Kinder dürfen sich ihrer in allen Leiden bedienen.

Dieses kostbare Nahrungsmittel wird in Blechbüchsen mit Gebrauchs-Anweisung von $\frac{1}{2}$ Pf. 18 Sgr., 1 Pf. 1 Thlr. 5 Sgr., 2 Pf. 1 Thlr. 27 Sgr., 5 Pf. 4 Thlr. 20 Sgr., 12 Pf. 9 Thlr. 15 Sgr., 24 Pf. 18 Thlr. verkauft. — Revalescière Chocolatee in Pulver und Tabletten für 12 Tassen 18 Sgr., 24 Tassen 1 Thlr. 5 Sgr., 48 Tassen 1 Thlr. 27 Sgr. — Zu beziehen durch Barry du Barry & Co in Berlin, 178. Friedrichstr.; in Wien Freiung 6.; in Frankfurt a. M. 10. Roßmarkt; in Hamburg 41. Katharinenstraße; in Breslau bei S. G. Schwarz, Eduard Groß, Gustav Scholz; in Königsberg i. P. A. Kraatz, Bazar zur Rose; in Danzig, Albert Neumann, in Bromberg, S. Hirschberg, in Firma Julius Schottländer und in allen Städten bei Droguen-, Delikatessen- und Spezereihändlern.

Beachtenswerth!!!

Es werden nach der Provinz häufig ganz gewöhnliche Biere für alle nur denkbaren in- und ausländischen Sorten verkauft; ich bin daher gezwungen, wiederholt darauf aufmerksam zu machen, daß den Korken meiner Flaschen-Biere meine Firma eingebraunt. Ganz besonders hebe noch hervor, daß für Königsberger von G. Schifferdecker & Comp. und Berliner Aktien-Bier (Tivoli) die alleinige Niederlage habe und alle hierfür verkauften, ohne meine Firma in Korken, entschieden unecht sind.

Friedr. Dieckmann.

Bekanntmachung.

In unser Firmenregister ist zufolge Verfügung vom 4. Dezember d. J. eingetragen: 1) in Kol. 6 bei der unter Nr. 33 eingetragenen Firma "L. Nakowskii", deren Inhaber der Kaufmann Louis Nakowskii in Breslau war:

Die Firma ist durch Erbgang auf die Witwe Susanna Nakowska in Breslau übergegangen, und 2) unter Nr. 85, Bezeichnung des Firmeninhabers: "Witwe Susanna Nakowska zu Breslau", Ort der Niederlassung: "Breslau", Bezeichnung der Firma: "L. Nakowskii".

Breslau, den 4. Dezember 1869.

Der Königliche Oberförster.

Spieler.

Eine Wirthschaft, bestehend aus 117 Morgen, incl. 20 Morgen Wiese, $\frac{1}{2}$ Meile an der Posen-Thornener Eisenbahn belegen, in gutem Zustande, ist aus freier Hand zu verkaufen. Selbstläufer erfahren das Nähere unter der Adresse A. B.

Wierzyce poste restante.

tember, 25. Oktober, 23. November und 13. Dezember.

Die Haupttermine zum Verkauf von Brennholz in größeren Loosen finden am 21. und 22. September 1870 statt.

Kauflustige werden hierzu mit dem Bemerkten eingeladen, daß die Aufmaßregister der Hölzer einige Tage vor dem Verkauf in der heutigen Registratur eingesehen werden können und die betreffenden Forstschätzbeamten angewiesen sind, die zum Verkauf gestellten Hölzer auf Verlangen an Ort und Stelle vorzuziegen.

Breslau, den 28. Nov. 1869.

Der Königliche Oberförster.

Bei Anzahlungen

von 500,000 bis abwärts von 10,000 Thlr.

werden Güter und Herrschaften zu kaufen gesucht. Aufträge erbittet bei Zusicherung von Discretion der Generalagent

Robert Jacobi

in Bromberg.

Ein Hotel 1. Klasse

in einer der größten Seestädte, seit vielen Jahren im besten Betriebe, ist wegen Krankheit des Besitzers bei 6000 Thlr. Anzahlung zu verkaufen. Auskunft ertheilt Robert Jacobi in Breslau.

Privatinstitut

zur gründlichen Vorber. für die mittl. und oberen Klassen der

Gymnasien und Realschulen.

Maximalzahl in jed. Abth. 6.

Dr. Deter, Berlin, Großherrenstr. 9, zwischen Hall. u. Anhalt. Thor.

Gründliche Vorbereitung zum

Freiwilligen- und Fahnenrichseramen.

Dr. Deter, Berlin, Großherrenstr. 9.

Dominium Plewiski hat

50 fette Schafe u.

7 fette Schweine

zum Verkauf.

Provinzial-Aktienbank

des Großherzogthums Posen.

Die Inhaber der von uns unter dem 1. De-

zember 1857 ausgestellten Banknoten werden

hiermit aufgefordert, legtere zur Einlösung

oder zum Umtausch gegen neue Noten vom 18. März 1867, bis zum 1. Juli 1870 bei

Vermeidung der Prällusion an uns einzulefern.

Posen, den 9. November 1869.

Der Aufsichtsrath

Bielefeld.

III.

Eine Mineralwasser-fabrik,

verbunden mit luk



Nähmaschinen

nach

Wheeler & Wilson'schem System
für Familien- und industrielle Zwecke empfiehlt
in der zweckmäßigsten Konstruktion und der
solidesten Ausführung unter mehrjähriger Ga-
rantie zu den billigsten Preisen die Fabrik von
C. G. Lehmann & Co.,
41. Naunynstr. 41.

Konzert-Flügel,

kreuzsaitig, mit englischer Repetitions-Mechanik (nach
Steinway'scher Methode),

Stuh-Flügel

mit englischer Repetitions-Mechanik in kurzer gefälliger
Form, starkem und gesangreichem Ton,

Pianinos

verschiedener Bauart empfiehlt zu sehr billigen Preisen
und leistet jede gewünschte Garantie

Carl Ecke, Pianoforte-Fabrikant,

Posen, Magazinstraße 1.

Drahtwaaren-Fabrik.

Unsere neu errichtete Drahtwaaren-Fabrik liefert zu zeitgemäß billigen
Preisen alle Arten von Drahtgewebe, Gespinnsten und Gestricken. Besonders
empfehlen wir:

Mähdarrengelebe neuester Art von starkem Draht und dem Bleche
gleich glatt gewalzt.

Gespinnene Drahtseide-Matrizen zu hölzernen u. eisernen Bettstellen.
Drahtgewebe und Gestricke zu allen Sorten von Sieben für Zucker-
siedereien, Papier-, Knochen- und Mehlmühlen, landwirtschaftliche Maschinen,
Eichoren, Glas und Porzellanfabriken, Metallgießereien und alle im Bergbau
nur vorkommende Siebe, Durchwürfe, Räder-, Trommel- und Sägsiebe u. c.

Gartenjäne und Gartengitter in jeder belibigen Facon.

Brieg, Reg.-Bez. Breslau.

G. Schönfelder & Co.

Weihnachts-Ausverkauf.
Sämtliche Artikel, zu Geschenken geeignet,
empfiehlt zu bedeutend herabgesetzten Preisen

Jacob Zadek.

30. Große Auswahl 30.
von Wiener und Prager wasserdichten Herten-,
Damen- und Kindersiebeln. Lager von ächt
Petersburger Gummischalen jeder Art, Re-
genschirme in Seide, Banella, Alpaka und
Baumwolle bei

A. Apolani, Wasserstr. 30.

Fleischhax- u. Brodschniede-
Maschinen, Ofen vorseher,
Feuergeräthe u. Ständer, Koh-
lenkasten u. Schuppen empfiehlt

C. Preiss, Breslauerstr. 2.

Zu Weihnachts-Geschenken
empfehlen wir unser großes Lager in Opern-
gläsern, Vorgetten, Barometern und
Thermometern in eleganter Facon, sowie
alle in dieses Fach eingeschlagenen Artikel.

Gebr. Pohl, Optiker,
Wilhelmsstraße 9.

Gänzlicher Ausverkauf
von Galanterie- und Spielwaren, ver-
schiedener Gegenstände z. Stickerei, Cigar-
renspitzen, Pfaffen, Schirme u. Stocken,
alles auffallend billig, bei **Dattelbaum**,
Neufer. 6, 2 Treppen.
Auch werden daselbst Schirme überzogen
und repariert.

Werkzeugkasten, Rappiere,
Florets, Schlittschuhe, Reiz-
zeuge, Nähsschrauben, Neces-
saires u. dgl. m. empfiehlt

C. Preiss.

Zahnschmerzen für immer zu
vertreiben, selbst wenn die Bähne hohl und an-
gestoßen sind, sie doch stehen bleiben können,
ohne verkittet oder plombirt zu werden, durch
mein weltberühmtes Zahnumundwasser.

E. Rückstaedt in Berlin,
Prinzenstraße Nr. 87.

Zu haben à Flasche 5 Sgr.
bei Frau **Am. Wuttke**
in Posen, Wasserstr. 8—9.

Familien, die sich vor
den Folgen der Erstaltung
schützen wollen, mögen dann und wann
meine **Katarhördchen** genießen,
dieselben sind in Beut. à 3 u. 6 Sgr.
zu haben bei Herrn

Herrn. Moegelin,
Posen, Bergstr. 9.

Berlin. Dr. J. Müller, pr. Arzt.

Das Gablersche Grundstück
Stadt Gostyn Nr. 201, soll durch
mich aus freier Hand verkauft
werden.

Naschinski,

Rechtsanwalt in Gostyn.

Mein Büro befindet sich jetzt
auf dem Markte im Hause der
Frau Nitschke.

Naschinski,

Rechtsanwalt in Gostyn.

Die weltberühmten

Zahnhalssänder für Kinder sind einzig
und allein, das Stück 10 Sgr., ächt zu haben
bei Joachim Bendix.

CHEFS-D'OEUVRE DE TOILETTE!

Dr. BORCHARDT's

Kräuter-Seife

in Original-Päckchen à 6
Sgr., zur Verschönerung
des Teints und erprobt
gegen alle Hautunreinheiten, sowie mit
besonderem Nutzen geeignet zu Bä-
dern jeder Art.



Dr. Suin de Boutevard's

Zahn-Pasta

in 1/1 u. 1/4 Päckchen à 12
und 6 Sgr.,
das billigste, bequemste
und zuverlässigste Erhal-
tungs- u. Reinigungsmittel
der Zähne und des Zahnm-
fleisches.

Prof. Dr. LINDES
vegetab. Stangen-Pomade,
à Originalstück 7 1/2 Sgr.:
erhöht den Glanz und die Elasticität
der Haare und eignet sich gleichzeitig
zum Festhalten der Scheitel.

Apotheker Sperati's
Ital. Honig-Seife
in Origin.-Päckchen à 5 und
2 1/2 Sgr.,
als ein mildes, wirksames täg-
liches Waschmittel selbst für die zar-
teste Haut von Damen und Kindern
angelehnlich empfohlen.

Dr. Hartung's
Chinarinden-Oel,
aus einer Abkochung der
besten Chinarinde mit bal-
samischen Oelen, zur Con-
servirung u. Verschönerung
der Haare à (10 Sgr.)

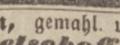


Dr. Hartung's
Kräuter-Pomade,
aus anregenden nahr-
haften Säften und
Pflanzen-Ingriden-
zien zur Wieder-Erweckung und Be-
lebung des Haarwuchses (à 10 Sgr.).

**Unter Garantie d. Echt-
heit für Posen** zu den Fabrikprei-
sen vorrätig **J. Menzel**,

Wilhelmstraße, neben d. Postgebäude,
sowie für Birnbaum: J. M. Strich;
Bromberg: Carl Schmidt; Chodzies: Ed.
Haecker; Czarnikau: Leo. Wruck; Fraustadt: Aug. Cleemann;
Gnesen: J. B. Lange; Grätz: R. Mützel; Jarocin: S. Krotowski; Ino-
wraclaw: H. Senator; Kempen: Gottsch. Fränkel; Kosten: W. Feld-
mann; Krotoschin: A. E. Stock; Lissa: J. L. Hausen; Lobsens: L. P.
Elkisch; Margonin: Apoth. A. Kratz; Nakel: L. A. Kallmann; Ostrowo:
Löbel Cohn; Pleschen: Th. Musielewicz; Rawicz: R. F. Frank; Rogasen: Jonas Alexander; Samotschin: G. E. Stenzel; Samter: W. Krüger; Schmie-
gel: Wolf Cohn; Sehrimm: Emil Siewerth; Schröda: Fischel Baum;
Schubin: C. L. Albrecht; Schwerin: E. H. Cohn's Buchhandl.; Strzelno:
J. Kuttner; Trzemeszno: G. Olawski; Wittkwo: R. A. Langewicz; Woll-
stein: C. Isakiewicz Nachfig.; Won-
growie: J. E. Zierner, und für
Wreschen: Const. Winzewski.

Weißes und blauen **Mohn**, gemahl. und
ungemahl., empf. bill.



Roscher.
Eine neue Sendung feiner Fleischwaren
von Breslauer in Berlin empfing und em-
pfiehlt, als:

Roulade,
Rauchfleisch,
Trüffelbutterwurst,
Leber,
Schlack,
Cervelat und
Zungenwurst.

M. Kantorowicz,
Breslauerstraße und Markt. Ede Nr. 60.

R. Neugebauer's Konditorei,

Wilhelmsplatz 10.

Breitestraße 15.

Weihnachts-Ausstellung

von

Königsberger Marzipan, allen Sorten Baum-
konfekt, französ. und deutschem Chokoladen- und
Dessertkonfekt, Cartonnagen und Pfefferkuchen
zu den billigsten Preisen.

Bekanntmachung.

Unter Bezugnahme auf unsere Warnung im Oktober d. J. wiederholen wir hierdurch,
dass wir nach wie vor bereit sind, die darin zugestandene Belohnung von Einhundertfünfzig
Thalern demjenigen zu zahlen, der uns zuerst die genugend Beweise bringt, dass unsere
Fabrikate unter Missbrauch unserer Firma nachgemacht, oder dass Cigaretten mit Etiquetten
versehen werden, welche den unseren ähnlich und darauf berechnet sind, das Publikum zu
täuschen. Dabei bemerken wir nochmals, dass diese Beweise nicht nur dazu dienen müssen,
den Fälschern verklagen zu können, sondern auch deren Bestrafung zu erwirken.

Zugleich machen wir wiederholt auf die Veränderung in der Etiquettierung unserer
Dresdner Fabrikate aufmerksam. Auf den Päckchen und Schachteln unserer Cigaretten und
tätschlichen Tabake befindet sich jetzt noch eine besondere auf weissem Papier gedruckte Etiquette,
welche lautet:

La Ferme, Dresden, Kreuzkirche Nr. 6.

Dresden, im Dezember 1869.

Die Centraleverwaltung der Fabrik **La Ferme**
in St. Petersburg, Moskau, Warschau und Dresden.

Kölner

Dombau-Geld-Lotterie.

Hauptgewinn Thlr. 25,000, der
kleinsten Gewinn ist 20.
Ganze Orig.-Loose à 1 Thlr. verkauft
und versendet

J. Juliusburger, Breslau,
Lotterie-Komptoir, Roßmarkt 9, 1. Etage.
Gegen Bezahlung von 2 Sgr. sende ich 14
Tage nach Beendeter Liegung die Gewinnliste
freo.

Am 5. Januar

beginnt die erste Classe der
K. Pr. 141. Staats-Lott.

Hierzu verkauft und versendet Loose:

1/1	1/2	1/4	1/8
19 Thlr.	9 1/2 Thlr.	4 1/4 Thlr.	2 1/2 Thlr.
1/16	1/32	1/64	1/128
1 1/4 Thlr.	20 Sgr.	10 Sgr.	

Alles auf gedruckten An-
theilsscheinen, gegen Postvorschuss
oder Einsendung des Betrages
Staatseffectenhandlung Max Meyer.

Berlin, Leipzigerstrasse 94.
Im Laufe der letzten 10 Jahre fielen in
mein Debit Thlr. 100,000, 40,000, 30,000
20,000 etc.

Loose à 1 Thlr. der internationa-
l. Dombau-Loose à 1 Thlr. versendet S. Boisch.
Lotterie-Comptoir, Berlin, Gertraudenstraße 4.
Wiederverkäufern bei fester Abnahme
Provision.

Hinter-Wallische 7 Schlafstellen zu ver-
mieten pro 1 Thlr. 15 Sgr. monatl.

Ein Gleive oder Wirtschaftsschreiber
für ein großes Gut wird gefügt. Näheres
wird dir Gute haben zu ertheilen.

Heinrich Oberzycki in Posen.

Agenten,

welche das volle Vertrauen und große Br-
annenschaften in ihrem Kreise unter den Land-
wirthen haben, werden gesucht.
Die Direktion des Allgemeinen landwirths-
ch. Instituts zu Berlin.

A. F. Lossow.

Für die Loge und Ressource in Gnesen
wird zum 1. Mai 1870 ein tüchtiger mit guten
Mitteln versehener Dekonom gesucht. Mel-
dungen nimmt Herr Rentier **Bremmer**
in Gnesen bis zum 1. Januar f. Z. ent-
gegen und ertheilt auf Verlangen über die
Bedingungen Auskunft.

Ein in der Kurz- und Stabeisen-
branche befähigten jungen Manne (mol-
konf.), welcher beider Landessprachen mächtig
ist und längere Zeit zu bleiben beabsichtigt,
kann eine in jeder Beziehung angenehme Stelle
nachgewiesen werden. Eintritt sofort oder pr.
1. Januar.

Näheres die Eisenhandlung
Alexander Fuchs.
Bittkovo.

Su Geschenken geeignete
Werke aus dem Weihnachts-

Lager von

Louis Türk

Wilhelmsplatz 4.

Auerbach's ges. Schriften, 22 Bde.
elg. geb. 9 Thlr 25 Sgr.
do. Dorfgesch. 4 Bde. 2 Thlr.
do. Landhaus am Rhein, 3 Bde.
2 Thlr. 5 Sgr.

Beder, Charakterbilder aus d. Kunst-
geschichte, elg. geb.
2 Thlr. 22 1/2 Sgr.
Vörne's Schriften, 12 Bde., elg. geb.
8 Thlr.

Eine bedeutende Näh-
maschinen-Fabrik,
deren Fabrikat wohl renom-
miert ist, sucht am hiesigen
Platz geeignete Vertre-
tung. Offerten sub **C.**
6441 befördert die Annon-

Lotterie-Comtoir

v. M. Schereck, Berlin, Breitestr. 10
vert. u. vers. auch geg. Post-Vorsch. 1/2 1/4
Berl. Lotterie-Losse auch auf gern. Anteileich.
1/4 4 Thlr. 1/8 2 Thlr. 1/16 1 Thlr. 1/32
1/2 Thlr. Seit meinem 16jähr. Geschäftsbereit
stehen bereits 8 Hauptgewinne auf meine
Nummern.

Ein möbl. Zimmer m. Bett, bes. Eing. i. b. z.
verm. Schifferstr. 13 1 Thlr. links.

Ein mit den schriftlichen Arbeiten einer
Königlichen Oberfödererei, insbesondere mit
dem Hochrechnungswesen ic. vollkommen ver-
trauter Forst-Sekretär, welcher eine gute
Handchrift schreibt, auch schnell rechnet, vor-
zugsweise ein Corps-äger, findet vom 1.
Januar 1870 ab, ein dauerndes Engagement.
Das Nähre darüber erfahren hierauf Re-
sultirende bei der Frau Niemast, Fischerei
Nr. 2 zu Posen auf porto-reale Briefe.

Ein im Destillationsfache be-
wanderter Mann (mos.) wird zur
Oberaufsicht eines Schankes
bei gutem Honorar zum sofortigen
Antritt gesucht.

Öfferten event. mit Zeugnissen
versehen, beliebe man in der Expe-
dition dieser Zeitung unter **X. Y. Z.**
abzugeben.

Ein unverb., gut empfohlener, tüchtiger
Wirtschafts-Inspektor, ev. Konfession,
der poln. Sprache vollständig mächtig, findet
bei freier Station und 150 Thlr. Gehalt vom
1. April 1870 ab Stellung. Es wird voreins
um schriftliche Meldung und Einsendung der
Anträge an die Exped. d. Zeitung er sucht.

Ein seit 12 Jahren selbstständig gewesener
Seifen-Fabrikant,
welcher mit der Grün- und Weißfiederei
und dessen neuesten Füllmethoden vollkommen
vertraut ist, sucht feste Stellung zur Leitung
einer Fabrik. Öfferten unter **A. B. 150.**
durch die Expedition dieses Blattes.

Eine junge Dame, der deutschen und
polnischen Sprache mächtig, sucht eine Stelle
als Verkäuferin, auch ist dieselbe in der
Damenkleiderfabrik tüchtig. Auskunft
wird erhält Sandstr. 10, im Comtoir.

Ein Forstmann, augl. Geometer, beim
Garde-Jäger-Ball. dient u. den Feldzug
mitgemacht, unverheirathet, polnisch u. russisch
sprechend, firmer Schütze, seit 3 Jahren
Assistent, sucht, gut empfohlen, selbstständige
Stellung zum 1. April oder früher als
Forstler, Tasanmeister, Rechnungs-
hübler ic. in Posen oder Russland.

Ges. Öfferten poste rest. Bauditz D.-S.

!!!! Weihnachtsgeschenk!!!!
Müttern, die ihren Kindern ein gutes
Buch in die Hand geben wollen, empfehlen
die in neuen Auflagen erschienenen zwei
Bände:

Märchen v. Hermann Aletke.
Preis Thlr. 1 à Band
Verlag der Phänischen Buchhandlung (Henri Sauvage)
Vorläufig bei **Ernst Rehfeld** in Posen, Wilhelmsplatz 1,
(Hotel de Rome).

Börse zu Posen

Großherzogtum Posen. Stettin, 8. Dez. [Amtlicher Bericht.] Wetter: schön. Temperatur: + 2° R. Nachts leichter Frost. Barometer: 28. 6. Wind: SO. — Weizen märrt, p. 2125 Pfld. lolo gelber inländ. gering. 53—55 Rtl. besserer 56—58 Rtl. feiner 58 Rtl. 60 Rtl. hunder poln. 57—59 Rtl. weißer 59 Rtl. ungar. 52—59 Rtl. 83/85 Pfld. gelber pr. Dez. 60 Rtl. nom. Frühjahr 62 Rtl. 62 Rtl. Br. u. Gd. Mai-Juni 63 Rtl. bz. u. Br. — Roggen flau, p. 2000 Pfld. lolo ger. 77/79 Pfld. 42 Rtl. 43 Rtl. 80/81 Pfld. 44 Rtl. feinst 82/83 Pfld. 45—46 Rtl. pr. Dez. 43 Rtl. bz. u. Br. Frühjahr 43 Rtl. 43 Rtl. Br. u. Gd. Mai-Juni 44 Rtl. — Gerste unverändert, p. 1750 Pfld. lolo oder 37—38 Rtl. märrt. 37—38 Rtl. pomme. 35 Rtl. — Hafer stiller, p. 1300 Pfld. lolo 24 Rtl. 25 Rtl. pr. Frühjahr 47/48 Pfld. 26 Rtl. bz. u. Br. Mai-Juni 27 Rtl. — Erbsen still, p. 2250 Pfld. lolo 45—47 Rtl. Koch 48 Rtl. pr. Frühjahr Butter. 46 Rtl. Gd. — heutiger Handelsmarkt:

Weizen Roggen Gerste Hafer Erbsen
50—59 42—47 32—34 23—27 45—49 Rtl.

Heu 10—17 Sgr. Stroh 6—8 Rtl. Kartoffeln 9—12 Rtl. — Rüböl matt, lolo 12 Rtl. Br. kurze Bief. 12 Rtl. bz. pr. Dez. 12 Rtl. bz. April-Mai 12 Rtl. bz. u. Gd. Sept.-Okt. 11 Rtl. Gd. — Spiritus flau, lolo ohne Bief 14 Rtl. 11/2 Rtl. bz. kurze Bief. 14 Rtl. bz. pr. Dez. 14 Rtl. bz. Dez. Januar 14 Rtl. bz. u. Br. — Frühjahr 14 Rtl. Br. — Angemeldet: nichts. — Regulierungspreise: Weizen 60 Rtl. Roggen 43 Rtl. Rüböl 12 Rtl. Spiritus 14 Rtl. — Petroleum seifer, lolo 8 Rtl. bz. u. Br. pr. Dez. Jan. und Jan.-Febr. 8 Rtl. bz. 8 Rtl. Br. (Dtsch. B.)

Großherzogtum Posen. Breslau, 8. Dez. [Amtlicher Produkten-Börsenbericht.] Kleesaat, rothe unverändert fest, ordinär 10 Rtl. 12, mittel 12 Rtl. 13 Rtl. sein 1—15, hochstiel 15 Rtl. 15. Kleesaat, weiße wenig Angebot, ordinär 14 Rtl. 16, mittel 18—20, sein 22—23, hochstiel 25—26. — Roggen (p. 2000 Pfld.) im Verlauf niedriger, pr. Dez. 42 Rtl. 41 Rtl. 42 Rtl. u. Gd. Dez. Jan. und Jan.-Febr. 42 Rtl. bz. u. Br. April-Mai 42 Rtl. bz. Mai-Juni 43 Rtl. 42 Rtl. bz. — Weizen pr. Dez. 61 Rtl. Br. — Gerste pr. Dez. 45 Rtl. Br. — Hafer pr. Dez. 41 Rtl. Br. — Raps pr. Dez. 114 Rtl. — Lupinen wenig beachtet, p. 90 Pfld. gelbe 48—50 Sgr., blaue 45—48 Sgr. — Rüböl wenig verändert, lolo 12 Rtl. Br. pr. Dez. 12 Rtl. 1/2 Rtl. bz. Dez. Jan. 12 Rtl. bz. u. Br. Jan.-Febr. 12 Rtl. Br. April-Mai 12 Rtl. bz. Sept.-Okt. 11 Rtl. Br. — Rapsfladen beherrscht, pr. Cir. 72—73 Sgr. — Beinukosen fest, pr. Cir. 88—90 Sgr. — Spiritus matter, lolo 14 Rtl. Br. 13 Rtl. Gd., pr. Dez. und Dez. Jan. 14 Rtl. bz. Br. u. Gd. Jan.-Febr. 14 Rtl. Br. April-Mai 14 Rtl. Gd. Mai-Juni 14 Rtl. 1/2 Rtl. bz. Juli-August 15 Rtl. bz. — Sink ohne Umlauf.

Die Börsen-Kommission.

Breslau, den 8. Dezember. I. Preise der Cerealien. (Befragungen der polizeilichen Kommission.)

	feine	mittlere	ord. Ware.
Weizen, weißer	77—80	74	65—68 Sgr.
do. gelber	72—74	70	61—66
Roggen	54—55	52	48—51
Gerste	46—49	41	40—43
Hafer	31—32	29	25—27
Erbsen	66—67	61	55—59

Notirungen der Kommission der Handelskammer zur Bestellung

der Marktpreise für Raps und Rüben.

	248	238	228	Sgr.
Winterrüben	234	224	216	.
Sommerrüben	226	216	206	.
Dotter	186	176	166	.

(Bresl. Hdls. Bl.)

Neumünster, 8. Dezember. Wind: NW. Witterung: trübe. Morgen 1°+. Mittags 1°+. Weizen 120—125 Pfld. 51—54 Thlr. 125—130 Pfld. 55—58 Thlr. — Roggen 39—40 Thlr. pr. 2000 Pfld. Soll. gewünscht — Gerste 31—36 Thlr. pr. 1875 Pfld. — Erbsen 40—42 Thlr. Spiritus 14 Rtl. (Bromd. Stg.)

Breslau, 8. Dezember. Bei sefer Stimmung und mäßig belebtem Verkehr bli bie die Kurse im Allgemeinen unverändert und sind nur Amerikaner ca. 1/2 Ct. niedriger, Minerva dagegen ca. 1/2 Ct. höher bezahlt worden.

Offiziell gekündigt: 1000 Ctn. Roggen, 300 Ctn. Rüböl und 15,000 Quart Spiritus.

Telegraphische Korrespondenz für Bonds-Kurse.

Frankfurt a. M., 8. Dezbr. Nachmittags 2 Uhr 30 Minuten. Nach Schluß der Börse fest. Kreditaktien 241 Rtl. 1860er Loose 79 Rtl. Staatsbahn 364, Lombarden 241 Rtl. Galizier 233 Rtl. Silberrente 57 Rtl. Amerikaner 91 Rtl.

Berlin, 8. Dezember. Die Börse begann heute etwas matter, befestigte sich später auf einige Zeit, wurde aber auf Wiener Notirungen schließlich wieder matter. Eisenbahnen blieben still und eher etwas matter. Sehr fest blieben dagegen Banken und waren besonders Meiningen und Leipziger belebt und steigend. Inländische Bonds waren still, die Kurse veränderten sich wenig; Pfandbriefe waren gefragt, zum Theil auch höher; Rentenbriefe blieben still; für badische, bayerische und braunschweigische Prämienanleihen war auch heute Kauflust vorhanden; österreichische blieben fest bei schwächerem Verkehr; von russischen wurden Prämienanleihen zu niedrigeren Kursen, sowie 3 prozent ziemlich viel, Boden-Kredit sehr lebhafit und in großen Posten gehandelt.

Inländisch Prioritäten waren fest und in gutem Verkehr, besonders Sachsen-Märitische, Sittiner und Oberschlesische D. und F.; russische waren etwas matter, österreichische vernachlässigt; ebenso amerikanische. Österreich Nordwestbahn 75 Rtl. — Sachsische Hypotheken-Pfandbriefe 49 Rtl. bezahlt. — Schluß der Börse fest und höher,

Sonds- u. Aktienbörsen.

Berlin, den 8. Dezember 1869.

Preußische Bonds.

Großherzogtum Posen. Berlin, 8. Dezember. Nachmittags 2 Uhr 30 Minuten. Nach Schluß der Börse fest. Kreditaktien 241 Rtl. 1860er Loose 79 Rtl. Staatsbahn 364, Lombarden 241 Rtl. Galizier 233 Rtl. Silberrente 57 Rtl. Amerikaner 91 Rtl.

Berlin, 8. Dezember. Die Börse begann heute etwas matter, befestigte sich später auf einige Zeit, wurde aber auf Wiener Notirungen schließlich wieder matter. Eisenbahnen blieben still und eher etwas matter. Sehr fest blieben dagegen Banken und waren besonders Meiningen und Leipziger belebt und steigend. Inländische Bonds waren still, die Kurse veränderten sich wenig; Pfandbriefe waren gefragt, zum Theil auch höher; Rentenbriefe blieben still; für badische, bayerische und braunschweigische Prämienanleihen war auch heute Kauflust vorhanden; österreichische blieben fest bei schwächerem Verkehr; von russischen wurden Prämienanleihen zu niedrigeren Kursen, sowie 3 prozent ziemlich viel, Boden-Kredit sehr lebhafit und in großen Posten gehandelt.

Inländisch Prioritäten waren fest und in gutem Verkehr, besonders Sachsen-Märitische, Sittiner und Oberschlesische D. und F.; russische waren etwas matter, österreichische vernachlässigt; ebenso amerikanische. Österreich Nordwestbahn 75 Rtl. — Sachsische Hypotheken-Pfandbriefe 49 Rtl. bezahlt. — Schluß der Börse fest und höher,

Außländische Bonds.

Berlin, 8. Dezember. Nachmittags 2 Uhr 30 Minuten. Nach Schluß der Börse fest. Kreditaktien 241 Rtl. 1860er Loose 79 Rtl. Staatsbahn 364, Lombarden 241 Rtl. Galizier 233 Rtl. Silberrente 57 Rtl. Amerikaner 91 Rtl.

Berlin, 8. Dezember. Die Börse begann heute etwas matter, befestigte sich später auf einige Zeit, wurde aber auf Wiener Notirungen schließlich wieder matter. Eisenbahnen blieben still und eher etwas matter. Sehr fest blieben dagegen Banken und waren besonders Meiningen und Leipziger belebt und steigend. Inländische Bonds waren still, die Kurse veränderten sich wenig; Pfandbriefe waren gefragt, zum Theil auch höher; Rentenbriefe blieben still; für badische, bayerische und braunschweigische Prämienanleihen war auch heute Kauflust vorhanden; österreichische blieben fest bei schwächerem Verkehr; von russischen wurden Prämienanleihen zu niedrigeren Kursen, sowie 3 prozent ziemlich viel, Boden-Kredit sehr lebhafit und in großen Posten gehandelt.

Inländisch Prioritäten waren fest und in gutem Verkehr, besonders Sachsen-Märitische, Sittiner und Oberschlesische D. und F.; russische waren etwas matter, österreichische vernachlässigt; ebenso amerikanische. Österreich Nordwestbahn 75 Rtl. — Sachsische Hypotheken-Pfandbriefe 49 Rtl. bezahlt. — Schluß der Börse fest und höher,

Prioritäts-Obligationen.

Berlin, 8. Dezember. Nachmittags 2 Uhr 30 Minuten. Nach Schluß der Börse fest. Kreditaktien 241 Rtl. 1860er Loose 79 Rtl. Staatsbahn 364, Lombarden 241 Rtl. Galizier 233 Rtl. Silberrente 57 Rtl. Amerikaner 91 Rtl.

Berlin, 8. Dezember. Die Börse begann heute etwas matter, befestigte sich später auf einige Zeit, wurde aber auf Wiener Notirungen schließlich wieder matter. Eisenbahnen blieben still und eher etwas matter. Sehr fest blieben dagegen Banken und waren besonders Meiningen und Leipziger belebt und steigend. Inländische Bonds waren still, die Kurse veränderten sich wenig; Pfandbriefe waren gefragt, zum Theil auch höher; Rentenbriefe blieben still; für badische, bayerische und braunschweigische Prämienanleihen war auch heute Kauflust vorhanden; österreichische blieben fest bei schwächerem Verkehr; von russischen wurden Prämienanleihen zu niedrigeren Kursen, sowie 3 prozent ziemlich viel, Boden-Kredit sehr lebhafit und in großen Posten gehandelt.

Inländisch Prioritäten waren fest und in gutem Verkehr, besonders Sachsen-Märitische, Sittiner und Oberschlesische D. und F.; russische waren etwas matter, österreichische vernachlässigt; ebenso amerikanische. Österreich Nordwestbahn 75 Rtl. — Sachsische Hypotheken-Pfandbriefe 49 Rtl. bezahlt. — Schluß der Börse fest und höher,

Bank- und Kredit-Aktien und Anteilschein.

Berlin, 8. Dezember. Nachmittags 2 Uhr 30 Minuten. Nach Schluß der Börse fest. Kreditaktien 241 Rtl. 1860er Loose 79 Rtl. Staatsbahn 364, Lombarden 241 Rtl. Galizier 233 Rtl. Silberrente 57 Rtl. Amerikaner 91 Rtl.

Berlin, 8. Dezember. Die Börse begann heute etwas matter, befestigte sich später auf einige Zeit, wurde aber auf Wiener Notirungen schließlich wieder matter. Eisenbahnen blieben still und eher etwas matter. Sehr fest blieben dagegen Banken und waren besonders Meiningen und Leipziger belebt und steigend. Inländische Bonds waren still, die Kurse veränderten sich wenig; Pfandbriefe waren gefragt, zum Theil auch höher; Rentenbriefe blieben still; für badische, bayerische und braunschweigische Prämienanleihen war auch heute Kauflust vorhanden; österreichische blieben fest bei schwächerem Verkehr; von russischen wurden Prämienanleihen zu niedrigeren Kursen, sowie 3 prozent ziemlich viel, Boden-Kredit sehr lebhafit und in großen Posten gehandelt.

Inländisch Prioritäten waren fest und in gutem Verkehr, besonders Sachsen-Märitische, Sittiner und Oberschlesische D. und F.; russische waren etwas matter, österreichische vernachlässigt; ebenso amerikanische. Österreich Nordwestbahn 75 Rtl. — Sachsische Hypotheken-Pfandbriefe 49 Rtl. bezahlt. — Schluß der Börse fest und höher,

Berlin, 8. Dezember. Nachmittags 2 Uhr 30 Minuten. Nach Schluß der Börse fest. Kreditaktien 241 Rtl. 1860er Loose 79 Rtl. Staatsbahn 364, Lombarden 241 Rtl. Galizier 233 Rtl. Silberrente 57 Rtl. Amerikaner 91 Rtl.

Berlin, 8. Dezember. Die Börse begann heute etwas matter, befestigte sich später auf einige Zeit, wurde aber auf Wiener Notirungen schließlich wieder matter. Eisenbahnen blieben still und eher etwas matter. Sehr fest blieben dagegen Banken und waren besonders Meiningen und Leipziger belebt und steigend. Inländische Bonds waren still, die Kurse veränderten sich wenig; Pfandbriefe waren gefragt, zum Theil auch höher; Rentenbriefe blieben still; für badische, bayerische und braunschweigische Prämienanleihen war auch heute Kauflust vorhanden; österreichische blieben fest bei schwächerem Verkehr; von russischen wurden Prämienanleihen zu niedrigeren Kursen, sowie 3 prozent ziemlich viel, Boden-Kredit sehr lebhafit und in großen Posten gehandelt.

Inländisch Prioritäten waren fest und in gutem Verkehr, besonders Sachsen-Märitische, Sittiner und Oberschlesische D. und F.; russische waren etwas matter, österreichische vernachlässigt; ebenso amerikanische. Österreich Nordwestbahn 75 Rtl. — Sachsische Hypotheken-Pfandbriefe 49 Rtl. bezahlt. — Schluß der Börse fest und höher,

Berlin, 8. Dezember. Nachmittags 2 Uhr 30 Minuten. Nach Schluß der Börse fest. Kreditaktien 241 Rtl. 1860er Loose 79 Rtl. Staatsbahn 364, Lombarden 241 Rtl. Galizier 233 Rtl. Silberrente 57 Rtl. Amerikaner 91 Rtl.

Berlin, 8. Dezember. Die Börse begann heute etwas matter, befestigte sich später auf einige Zeit, wurde aber auf Wiener Notirungen schließlich wieder matter. Eisenbahnen blieben still und eher etwas matter. Sehr fest blieben dagegen Banken und waren besonders Meiningen und Leipziger belebt und steigend. Inländische Bonds waren still, die Kurse veränderten sich wenig; Pfandbriefe waren gefragt, zum Theil auch höher; Rentenbriefe blieben still; für badische, bayerische und braunschweigische Prämienanleihen war auch heute Kauflust vorhanden; österreichische blieben fest bei schwächerem Verkehr; von russischen wurden Prämienanleihen zu niedrigeren Kursen, sowie 3 prozent ziemlich viel, Boden-Kredit sehr lebhafit und in großen Posten gehandelt.

Inländisch Prioritäten waren fest und in gutem Verkehr, besonders Sachsen-Märitische, Sittiner und Oberschlesische D. und F.; russische waren etwas matter, österreichische vernachlässigt; ebenso amerikanische. Österreich Nordwestbahn 75 Rtl. — Sachsische Hypotheken-Pfandbriefe 49 Rtl. bezahlt. — Schluß der Börse fest und höher,

Berlin, 8. Dezember. Nachmittags 2 Uhr 30 Minuten. Nach Schluß der Börse fest. Kreditaktien 241 Rtl. 1860er Loose 79 Rtl. Staatsbahn 364, Lombarden 241 Rtl. Galizier 233 Rtl. Silberrente 57 Rtl. Amerikaner 91 Rtl.

Berlin, 8. Dezember. Die Börse begann heute etwas matter, befestigte sich später auf einige Zeit, wurde aber auf Wiener Notirungen schließlich wieder matter. Eisenbahnen blieben still und eher etwas matter. Sehr fest blieben dagegen Banken und waren besonders Meiningen und Leipziger belebt und steigend. Inländische Bonds waren still, die Kurse veränderten sich wenig; Pfandbriefe waren gefragt, zum Theil auch höher; Rentenbriefe blieben still; für badische, bayerische und braunschweigische Prämienanleihen war auch heute Kauflust vorhanden; österreichische blieben fest bei schwächerem Verkehr; von russischen wurden Prämienanleihen zu niedrigeren Kursen, sowie 3 prozent ziemlich viel, Boden-Kredit sehr lebhafit und in großen Posten gehandelt.

Inländisch Prioritäten waren fest und in gutem Verkehr, besonders Sachsen-Märitische, Sittiner und Oberschlesische D. und F.; russische waren etwas matter, österreichische vernachlässigt; ebenso amerikanische. Österreich Nordwestbahn 75 Rtl. — Sachsische Hypotheken-Pfandbriefe 49 Rtl. bezahlt. — Schluß der Börse fest und höher,

Berlin, 8. Dezember. Nachmittags 2 Uhr 30 Minuten. Nach Schluß der Börse fest. Kreditaktien 241 Rtl. 1860er Loose 79 Rtl. Staatsbahn 364, Lombarden 241 Rtl. Galizier 233 Rtl. Silberrente 57 Rtl. Amerikaner 91 Rtl.